

# Der Gründstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,  
sowie der  
Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Belegzettel),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Johann Stanning.  
verantwortlicher Redakteur: Heinrich Paetzow, Rebe in Hamburg.  
Redaktion und Expedition:  
Hamburg-St. Georg, Neue Brennerstraße 16, 1. Etage.

Anzeigen  
für die dreigesparte Heftseite oder deren Blatt 80 S.  
Postkatalog Nr. 8181.

Inhalt: Zum Bauarbeiter-Kongress. Der fünfte Verbandstag des Centralverbandes der Maurer Deutschlands. Aus dem Reichstage. — Rundschau. — Baugewerbliches. — Lohnbewegungen und Streiks. — Aus unserer Bewegung. — Literarisches. — Briefstunden.

**Ausgesperrt**  
find die Verbandslosungen in Pyritz i. Pommern und Alzey.

**Im Streik**  
befinden sich die Kollegen in Teterow, Neumünster, Genthin und Gr. Lüchterselbe.

**Sperren sind verhängt**  
über die Bauten der Unternehmer Weller, Lampé und Rechter in Eidelstedt, Brinkmann in Stellingen für den Bauabschnitt Langenfelde-Stellingen-Eidelstedt, Koch in Wandsbek, Joch, Olde in Heide i. Holst., Lebs und Weinberg in Barmbek, Hesse in Waternienburg, Böllermann in Wilsdorf i. Westf., Häuer & Florat in Rath und sämtlichen Bauten des Unternehmers Eicholtz in Düsseldorf, hauptsächlich „Schwabenbräu“, Maschinenbau-Aktiengesellschaft Gustavsburg bei Mainz, Dinkloß in Herford und Gildebrandt in Bielefeld.

Außerdem ist Zugang fern zu halten von Annaburg, Arnswalde und Neustadt a. d. Saardt.

**Stukkateure**  
haben Sperren verhängt in Düsseldorf über die Geschäfte: Behrens & Rahmer, Breuer, Götter und Horn.

Zugang ist weiter fern zu halten von Chemnitz und Frankfurt a. M.

**Der fünfte Verbandstag**  
des  
Centralverbandes der Maurer und verw.  
Berufsgenossen Deutschlands  
zu Berlin beginnt am

**Mittwoch, den 22. März 1899**  
und wird voraussichtlich am Sonnabend, den  
25. März, beendet sein.

Alle für den Verbandstag bestimmten Zuschriften sind zu richten an die Adresse: Th. Bömelburg, Berlin, Koppenstr. 29, „Keller's Festhalle“.

Zuschriften für den Verbandsvorstand sind auch während der Verbandstagswoche an die bisherige Verbandsadresse in Hamburg zu senden.

**Der Verbandsvorstand.**  
Im Auftrage: Th. Bömelburg.

**Zum Bauarbeiter-Kongress.**  
Am Sonntag, den 19. März, tritt in Berlin der von der Hamburger Kommission für Bauarbeiter-Schutz berufene Kongress zusammen, welchem die Aufgabe gestellt ist, Stellung zu nehmen zu einer Reihe der schlimmsten Mißstände, unter denen die baugewerbliche Arbeiterschaft Deutschlands zu leiden hat. In Betracht kommen der Bauwindel, das Sub-

missionswesen, die Unfallgefahr, sowie die Mißstände in sanitärer Hinsicht. Der Kongress wird, das steht nach den eingelaufenen Delegirten-Anmeldungen fest, zu einer imposanten Kundgebung gestalten, welche aufmerksame und ernste Beachtung zu schenken die Reichsregierung sowohl, wie die Masse aller sozialpolitisch Gedachten alle Ursache haben dürfen. Die zur Befreiung gestellten Fragen sind so überaus wichtig, daß nur Vorurtheil oder parteiliche Ge- häftigtsein sie zu ignorieren, oder ihre Behandlung durch Arbeitervertreter anzuseinden vermögen. Darauf dürfen wir ja allerdings von vornherein gefaßt sein, daß gewisse sogenannte gutgesinnte Elemente, die Buntstift- und die im Dienste des kapitalistischen Interesses stehenden Zeitungsredakteure, es unternehmen werden, die ganze bedeutsame Veranstaltung als einen neuen Vorstoß des umstürzlerischen Geistes zu charakterisieren. Ohne derartigen demagogisch-gehäßigen Schwindel geht es ja erfahrungsgemäß niemals ab, wenn die organisierte Arbeiterschaft es unternimmt, für die berechtigten Interessen der Arbeit gemeinsam und energisch einzutreten, was ohne mehr oder minder schwere Verleugnung des kapitalistischen Interesses selbstverständlich nicht möglich ist.

Der Kongress hat eine sehr beachtliche Vorgeschichte. So lange es Organisationen der baugewerblichen Arbeiter in Deutschland gibt, haben dieselben neben dem Streiken, günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, es sich angelegen sein lassen, die mancherlei Mißstände, welche die kapitalistische Entwicklung des Bauwesens und Baugewerbes mit sich gebracht hat, zu bekämpfen, die Aufmerksamkeit der Regierungen und der gesetzgebenden Körperschaften auf diese Mißstände zwecks ihrer Abstellung zu lenken. So weit letztere Faktoren in Betracht kommen, ist leichter zu sagen, daß sie wenig oder garnichts gehabt haben, den Reformvorschlägen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Dem Bauwindel und dem Submissionsunwesen kann die Arbeiterorganisation aus eigener Kraft mit Erfolg nicht beikommen; diese zwei Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung zu verhindern, nur auf der Gesetzesweise und Verwaltung möglich. Über beide Erscheinungen, ihre Ursachen und Wirkungen und die Mittel, ihnen ein Ende zu machen, haben wir uns im Laufe der Jahre so oft und so gründlich geäußert, daß wir glauben, nicht nötig zu haben, jetzt nochmals näher darauf einzugehen, zumal ja der Kongress in einer diesbezüglich orientierende und informierende Erörterung eintreten haben wird.

Nur auf einen Punkt möchten wir besonders hinweisen. Die Frage der Bekämpfung des Bauwindels und des Submissionsunwesens kann nicht getrennt werden von der Frage der Sicherung des Arbeitslohnes. Sowohl der Bauwindel, als der Unzug, der mit den Submissionsen verbunden wird, bewirken ja befannlich hauptsächlich die schwere Schädigung, welche darin liegt, daß die Arbeiter um ihren jauer verbrieften Lohn gebracht werden. Und zwar hat man es hier mit einer Schädigung zu thun, welche die gewissenlosen Spekulanten von vornherein in Rechnung ziehen. Die Bekämpfung des Schwindels und der gewissenlosen Unterbieitung ist für die Arbeiter sowohl unter dem Gesichtspunkte des allgemeinen Interesses des Baugewerbes als in Rücksicht auf die vorerwähnte besondere Schädigung geboten. Der Kongress wird alle die verüdeten Vorschläge, welche die jetzt in Betreff der Sicherung des Arbeitslohnes gemacht worden sind, zu erwägen haben. Aber es darfste ihm nicht schwer fallen, sich zu entscheiden für den von uns stets vertretenen und auch von den sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstage gemachten Vorschlag, wonach im Falle der Zahlungsunfähigkeit des ausführenden Unternehmers,

des Subunternehmers oder Unterstörbantden der Bauherr bzw. der Geldgeber für den schuldigen Arbeitslohn zu haften hat. Es ist das nach unserem öfter begründeten Dafürhalten das einfachste und verhältnismäßig sicherste Mittel zur Lösung der Frage der Sicherung des Arbeitslohnes.

Was die Unfallgefahr und die Mißstände in sanitärer Hinsicht anbetrifft, so können wir auch richtig dieses Punktes uns beziehen auf die vielen Abhandlungen und speziellen Nachweise, die wir im Laufe der Zeit unserem Lesern unterbreitet haben. Worauf es für den Kongress hauptsächlich ankommt, das ist die Führung des Beweises, daß die vielgerühmte Unfallverhütungspraxis der Baugewerbs-Berufsgenossenschaft weit davon entfernt ist, den berechtigten Anforderungen der Arbeiterschaft zu entsprechen. Der tendenziöse Hinweis, der unter Berufung auf diese Praxis vom Unternehmersum und seinen Vertretungsorganen so vielfach unter größtenteils Verleugnung der Thatachen getrieben wird, muß gründlich kritisiert und festgestellt werden. Ebenso das gefälschte-spekulative Bestreben dieser Elemente, glauben machen zu wollen, daß für die große Mehrzahl der Unfälle die Arbeiter selbst die Verantwortung tragen.

Ein Material zu umfassender und erschöpfender Behandlung jedes Punktes der Tagesordnung fehlt es nicht. Die Organisationen und Organe der baugewerblichen Arbeiterschaft haben seit Jahren auf die Sammlung, Sichtung und Bearbeitung dieses Materials ein großes Gewicht gelegt. Was in dieser Hinsicht bis jetzt geleistet worden ist, muß nunnehr seine Verwertung finden für bestimmte, klare, realistische Forderungen, für welche die gesamte baugewerbliche Arbeiterschaft solidarisch eintritt. Die entscheidende Bedeutung für den mit Recht beanspruchten demonstrativen Charakter des Kongresses müssen wir den über die einzelnen Punkte zu erstattenden Referaten bei. Fassen diese dem Zweck des Kongresses entsprechend aus, finden in ihnen alle wichtigen Thatachen geübrende Verüdigung, so durfte vermieden werden, daß die Debatte sich weiter ausprämt, als sachlich gebotenes erscheint. Dann die Einstimmigkeit in der Beschlusffassung — und der Kongress wird gewiß Einbruch machen, auch da, wo man des Einbruches sich gern erwehren möchte. Nicht auf möglichst viele Neben kommt es an, sondern auf solche, welche den Kern jeder einzelnen Frage sicher erfaschen und in überzeugender Weise, klar und bindig die Mißstände und die Mittel zu ihrer Beseitigung behandeln. Der demonstrativen Bedeutung des Kongresses würde nichts mehr Abbruch thun, als überflüssiges Reden, zumal Meinungsverschiedenheiten von irgend welchem Belang gänzlich ausgeschlossen erscheinen, denn in allen den zur Beratung stehenden Fragen hat in der baugewerblichen Arbeiterschaft stets vollste Einmütigkeit der Ansichten und der Absichten geherrscht. Und alle diese Fragen sind durch Jahre lange unausgefeigte Diskussion so sehr gelärt, daß es, nur einer imponanten Beliebung der gewonnenen Erkenntnis, der erworbenen Überzeugung bedarf.

Dass diese Beliebung sich so gestalte, wie es im Interesse der Arbeiterschaft zu wünschen ist, daß möglicher einzeln Delegierte redlich beitragen. Es sind nur zwei Tage für den Kongress vorgesehen. Diese kurze Zeit muß so vorbehaltlos wie möglich ausgenutzt werden. Indem wir dem deutschen Bauarbeiterparlament unseres herzlichsten Grusses entstehen, geben wir der Hoffnung Ausdruck, daß er seine Aufgabe erfüllen wird, sich selbst und der deutschen Bauarbeiter-Schaft zur Ehre!

Den Bauarbeiterkongress, der sich vornehmlich mit gesetzgeberischen Arbeiten beschäftigen wird, löst ein nicht minder wichtiges Arbeitersparlament ab:

### Der fünfte Verbandstag des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands.

Annähernd 180 Delegierte, die am 70000 Mitglieder vertreten, sind berufen, das Wohl der Organisation zu fördern. Eine so hohe Zahl von Delegierten hat noch kein Maurerkongress gesehen und auch keine andere Gewerkschaft ähnliche Stärke rühmen können, als Branchenorganisation und bei der bei uns üblichen Vertretungsweise ein annähernd gleich großes Parlament berufen zu haben. Doch dies nur nebenbei.

Unser diesjähriger Verbandstag hat gar wichtige und gewichtige Aufgaben zu erledigen, wie vielleicht keiner seiner Vorgänger. Ist es schon an sich schwerer, 70000 Verbandsgenossen zusammen zu stellen als die Hälfte oder noch weniger, so bedarf es auch eines gefeierten Mollens und Körbens und vorsichtigeren Erwägungen der Mittel, nicht zur Schaltung des jetzigen Mitgliederbestandes, sondern erst recht zur Weiterbildung unserer Organisation zu einer wirklichen Macht und Vertretung der Maurer Deutschlands.

Die Agitation für den weiteren Ausbau des Verbandes wird natürlicher Weise zusammenfallen mit der Taktik bei Lohnbewegungen, wenigstens in erster Linie. Bei der Festlegung der Tagesordnung ist nun auch Bedacht darauf genommen worden, die Frage zu erörtern: ob und wie weit der Verband eine Tarifgemeinschaft mit dem Unternehmertum eingehen kann. Das Wort

"Tarifgemeinschaft" erinnert etwas an "Harmonie" zwischen Kapital und Arbeit und hat bei manchen Kollegen auch schon ein gewisses Grußeln erzeugt. Gewissernamen in Beruf gekommen ist die Tarifgemeinschaft durch die Kämpfe, die sich unter den organisierten Buchdruckern abgespielt haben. Geht man jedoch der Bedeutung des Wortes auf den Grund, dann bleibt von der "Harmonie" kaum etwas übrig; so daß jeder praktische Gewerkschafter und überzeugte Sozialdemokrat seine Rechnung bei der Tarifgemeinschaft finden kann, weil eben die Tarifgemeinschaft durchaus keinbar ist mit den Interessen der Arbeiterorganisation.

Gelegentlich einer Verpredigt der Tarifgemeinschaft schrieben wir in Nr. 20 (1897) unseres Blattes:

"Es handelt sich bei der ganzen gewerkschaftlichen Bewegung und Organisation in der Hauptfach im Zweierlei: einmal um die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, und sobald darum, möglichst sichere Garantien dafür zu schaffen, daß diese Bedingungen seitens der Unternehmer auch respektirt und erfüllt werden, so lange, bis auf Grund besonderer Vereinbarung andere an ihre Stelle zu treten haben. Stets hat die gewerkschaftliche Organisation — und zwar durchaus im Geiste der modernen Arbeiterbewegung — das entscheidende Gewicht daran gelegt, daß sie selbst als unverbindender Faktor, als gleichberechtigter Faktor, die gebührende Anerkennung seitens der Unternehmer findet, daß sie die Arbeitsbedingungen, den Lohn, die Arbeitszeit etc. regelrecht und regelmäßig mit der Unternehmertoalition vereinbart, damit planlose Streiks vermieden werden, und die Organisation sich sicher und ungefährdet entwickeln kann zu dem Maßfaktor, der auch ohne Streik die Arbeitsbedingungen mit den Unternehmern für eine bestimmte Zeit zu vereinbaren im Stande ist. Niemals hat die gewerkschaftliche Organisation auf dem Standpunkte gestanden, daß möglichst viel regelmäßig alle Jahre wiederkehrende Streiks um die Arbeitsbedingungen notwendig seien, um die Weiterentwicklung der Organisation zu sichern. Im Gegenteil, die organisierte Arbeiterschaft hat bietenden Unternehmertoalitionen, welche die Arbeiterorganisation als gleichberechtigten, vertraglich bindenden Faktor nicht anerkennen, und auf das „Nein“ pochen, die Arbeiter von ihrer willkürlichen Entschiebung abhängig zu machen, stets in härtester Weise, und zwar mit Recht, verurtheilt."

Wir wollen den körporativen Arbeitsvertrag, der gleichbedeutend ist mit der Tarifgemeinschaft. Aber nur in wenigen Orten konnten wir bisher zu diesen Vereinbarungen gelangen; die Schuld hieran trifft zumeist die Unternehmer, bei denen böser Wille und Unverstand gleich stark entwidelt sind, zum Anderen war aber auch die Schwäche unserer Organisation ein nicht außer Betracht zu lassendes Hindernis. Wenn unsere Organisation auch noch viel zu wünschen übrig läßt, so dürfen wir doch ohne Überhebung sagen, daß wir im Stande sind, auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einen bedeutenden Einfluß auszuüben. Und überdies, dürfen wir wohl hoffen, daß unsres Organisation in diesem Jahre und auch ferner-

hin noch bedeutende Fortschritte macht, sich ausdehnen, auf den wir uns gegebenen Falles stützen könnten. In die Breite und daß sich die Maurer Deutschlands festigen zu einer zielbewußten Schaar.

Auch bei den Unternehmern haben sich die Verhältnisse in den letzten Jahren bedeutend geändert. Durch unser kraftvolles Vorwärtsstreben haben wir auch die Unternehmer in die Organisation hineingetrieben. Wenn sie sich auch im Konkurrenzkampfe feindlich gegenüberstehen, oftmals in hinterlistiger Weise sich gegenseitig die Arbeit wegplänen — uns, den Arbeitern gegenüber, bilden sie ein geschlossenes Ganze. Der Kampf gegen den einzelnen Unternehmer wird darum auch mehr und mehr verschwinden. Massenstreiks oder Aussperrungen, geführt von Klasse gegen Klasse, werden mehr und mehr in die Ercheinung treten, wenn nicht die beiderseitigen Organisationen bestrebt sind, einen Ausgleich zu finden, den corporativen Arbeitsvertrag abschließen.

Nun steht es außer Frage, daß wir, die Arbeiter, förmlich siegen, siegen müssen. Aber diese Siege können nur erfochten werden unter den größten Anstrengungen; große Opfer und Entbehrungen legt der Streik jedem Einzelnen aus; aus Nebengewordenen Verhältnissen wird man gerissen, viele Christen werden vernichtet. Diese Erkenntnis zwinge uns dazu, einen annehmbaren Vergleich dem Streik vorzuziehen. Und je stärker die Organisation ist, desto mehr muß sie in diesem Sinne wirken.

Die Bauunternehmer Deutschlands, soweit sie den Organisationsgedanken erfaßt haben, hatten dieser Tage ihre Vertreter nach Berlin entsandt, um einen Unternehmer-Verband für ganz Deutschland in's Leben zu rufen. Ob dieser Verband zu Stande gekommen ist oder zu Stande kommen wird, wissen wir heute noch nicht. Aber die Wahrscheinlichkeit liegt nahe. Wir wissen heute auch nicht, zu welchem Programm sich der Unternehmerverband öffentlich bekennen wird. Unter den Leitern der Unternehmertumung gibt es eine Anzahl Personen, die sich bisher als ärzte Heber gegen jegliche Verstrebungen der Arbeiter aufgespielt haben, die jedes Vertragsverhältnis mit den Arbeiterorganisationen bekämpfen. Wir dürfen aber auch wohl annehmen, daß solche Unternehmer ein Wort mitreden werden, die den Streik schon am eigenen Leibe verspürt haben, die wissen, daß sie die ersten sind, die in dem Kampfe zerissen würden. Einflusslosigkeit darüber, wie sie sich den Arbeiterorganisationen gegenüberstellen wollen, herzlich jedenfalls nicht in den Reihen der Unternehmer. Förmlich, der Oberscharfmacher, hat des Delegaten erklärt, daß er nicht mit den Arbeitern "paktieren" will, und sein Genosse Evers-Hannover wünscht gleichfalls, daß sich die Innungen nie aus Unterhandlungen einlassen. Dem entgegen haben wir auch andere Unternehmer gehört, die sehr zufrieden sind mit den Zuständen, wie sie sich in Leipzig, Stettin und mehreren anderen Orten nach wiederholten Streits gestaltet haben.

Unser Verbandstag wird also das Unternehmertum zwingen müssen, offen Karbe zu bekennen, ob es die Hand bieten will zu Vereinbarungen von Organisation zu Organisation; oder ob es den rücksichtslosen Kampf will, den Streik oder die Aussperrung, je nachdem die Arbeiter oder die Unternehmer sich am gerüsteten fühlen.

Wir wollen nicht eine Tarifgemeinschaft, durch die die Arbeitsbedingungen in ganz Deutschland oder für einzelne Landesteile gleichartig gemacht werden, wir wollen die Tarifgemeinschaft auch nicht, ohne etwas daran zu ändern, auf fünf Jahre und länger abschließen. Aber für den jeweiligen Ort und seinen abgegrenzten Umkreis wollen wir auf ein oder zwei Jahre Lohn und Arbeitsbedingungen mit der Unternehmertoalition vereinbaren, so daß die Abmachung für beide Parteien bindend ist. Dies ist unsere Tarifgemeinschaft. Und um sie mehr als bloß zur Geltung zu bringen, muß der Verbandstag der Angelegenheit seine volle Beachtung schenken.

Ein anderer Punkt, der auf dem Verbandstag sehr eingehend besprochen werden muß und der wohl auch das regste Interesse der Delegirten in Anspruch nehmen wird, betrifft die Beitragsfrage. Das Für und Wider einer Beitragserhöhung ist zwar im "Grundstein" ziemlich nach allen Seiten hin erwogen worden, aber immerhin werden auch auf dem Verbandstage noch neue Anregungen in die Debatte geworfen werden. Wir können es uns auch nicht versagen, an dieser Stelle nochmals darauf hinzuweisen, daß wir eine Beitragserhöhung, für viele Orte nur eine Neuregelung der Beitragszahlung, für bringend notwendig erachten.

Der Berichterstattung des Vorstandes, den die Delegirten gebracht vorliegen wird, weist einen gegen schwache Jahre beträchtlichen Rassenbestand auf. Hält man aber die Zahl der Mitglieder dagegen, dann entfallen auf das Mitglied nur wenige Pfennige. Wir dürfen also nicht annehmen, daß wir schon einen eigentlichen Fonds be-

halten, auf den wir uns gegebenen Falles stützen könnten. Eine Organisation, die sich als vornehmste Aufgabe gestellt hat, die Lohn- und Arbeitsbedingungen, die gesamte Lebenshaltung ihrer Angehörigen zu verbessern, braucht nicht nur die große Zahl der Verbandsgenossen als wohldisziplinierte Mitglieder, sondern die Organisation braucht daneben Geld, Geld und nochmals Geld!

Man sage auch nicht: Wenn wir die Tarifgemeinschaft einführen, dann fallen die Streiks, die uns ja die größten Aufgaben verursacht haben, fort. Wenn wir auch die Tarifgemeinschaft anstreben, so ist sie jetzt noch lange nicht eingeführt. Bedenken wir, was es uns für Kämpfe gelöst hat, bevor das Unternehmertum überhaupt mit uns verhandelte, und vielleicht ist dies noch nicht erreicht. Bedenken wir weiter den immensen Unterschied zwischen Dem, was das Unternehmertum als berechtigte Forderung ansieht und Dem, was wir als unabdingt notwendig ansiehen müssen. Und vergessen wir auch nicht die Worte, die der Maurermeister Simon in Breslau unter dem Befall seiner Genossen sprach: "Der Arbeitgeberverband muß veruchen, die Streikfeste, einmal durch allgemeine vierwöchige Aussperrung der Gefallen zu sprengen."

Das wolt zwar dem "Arbeitgeberverband" beim besten Willen nicht möglich sein, aber lämmen kann er unsere spätere Aktion, wenn wir nicht rechtzeitig Bedacht darauf haben, uns zu wappnen.

Und nun noch einige Worte zu unserem Fachorgan. Die Zeitung ist berufen, im Bunde mit der mündlichen Agitation Aufklärung unter die Verbandsgenossen zu tragen: Bildung zu pflegen, über den Stand und die Bewegung unserer Organisation sowie über die allgemeine wirtschaftliche Lage zu berichten und die notwendigen Bekanntmachungen zu bewirken. Über die Gesamtheit unseres Blattes dürfen auch wohl begründete Beschwerden kaum erhoben werden. Eine andere Frage ist, ob das Blatt in seiner heutigen Größe noch ausreicht zur wirklichen Verbreitung unserer Organisation. Mancher Kollege, manche Zahlstelle hat sich schon dann und wann zurückgestellt, wenn ihre Berichte nicht sofort nach Einsendung zum Abdruck gelangen konnten. Wir selbst empfinden es mit Bedauern, daß wir über manche interessante und wissenschaftliche Vorkommnisse nicht berichten konnten wegen Mangels an Raum.

Die Berichterstattung über unsere Bewegung wird sich kaum einschränken lassen, sie wird vielmehr noch umfangreicher werden mit der Ausbreitung unserer Organisation. Der sonnige Inhalt des Blattes kann aber auch nicht weiter unter der Berichterstattung leiden. Der bildende und der über die Weltlage informierende Theil des Blattes müßte eigentlich sogar erweitert, vermehrt werden. Mit der Ausbreitung unserer Organisation dringen wir immer weiter in die Kreise vor, in denen unsere Verbandsgenossen überhaupt kein anderes Arbeitblatt zu Gesicht bekommen. Unser Fachorgan muss daher das einzige Gegengewicht gegen die verbreitete Lektüre der Amtsblätter, Tafelchen und Schauerromane bilden. Darum müssen wir trachten, den Inhalt unserer Zeitung so auszustalten, daß wir überall Erfolg haben, daß unser Blatt von jedem Kollegen, auch von seinen Familienangehörigen gelesen wird.

Also auch darüber, ob unser Fachorgan vergrößert werden kann und muß, werden sich die Delegirten eingehend beraten müssen.

Zur frohen Übersicht, daß alle zur Verabschaffung liegenden Punkte zu einem gebedeckten Abschluß kommen, entbieten wir dem Verbandstage unseres Grusses.

### Aus dem Reichstage.

Berlin, 10. März.

Die Vorsitzende der radikal-republikanischen Partei im Reichstage haben in letzter Zeit mehrfach Anträge gestellt, außerordentliche Provinz ihrer ebenso dummen wie frivolen

### Politik der Verhöre

wider die Sozialdemokratie und die Arbeiterorganisation zu geben. Da probotiale die Stimmen und Komforten, als seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten bestreite die Zuchtkurst-Debatte, über die wir unten berichtet haben. Diese Prostitution, welche zu einer reinen moralischen Niederlage der Sozialdemokratie führt, sollte schließlich dem Zwecke dienen, der Welt die innige demagogische Zusage zu verkünden, daß die Sozialdemokratie bezüglich Arbeiterorganisation die Arbeiter zu Gewaltätigkeiten aufreize und sie der Entstiftung und Verrohung überantwortre.

Als dann einzelne Theile des Militärateats zur Verabschaffung gelangen und sozialdemokratische Redner schriftlich an der militärischen Justiz, wie überhaupt am System des Militärschulden-Gefessels" der Verführung nicht widerstehen, an der Sozialdemokratie allemal die hämmerliche Faust der Zunge und Verleumdung zu erprobten. Und diesesmal war es ein national liberaler Abgeordneter, der Professor Dr. Paasche, der sich das "Berdienst" erwarb, außerordentliches in dieser Kunst zu leisten. zunächst geriet er sich,

von der linken Seite des Hauses mit verdientem Spott und  
Gehn überzittert, ganz in der Weise eines fanatischen Glaubens-  
schwärmer, als „Vertreiber der Religion“, der  
„allein selig machenden Kirche“. Dabei erhob er  
aber die Sozialdemokratie die Beschuldigung, daß sie „dem  
Volke die Religion raubte“ und es so „der Ent-  
stiftung in die Arme treibe“. Das wagte ein liberaler  
Professor zu behaupten, ein Vertreter desselben Liberalismus,  
welchen von jener seitens der Ultramontanen und Konservativen  
der Vorwurf gemacht worden ist, daß seine Weltanschauung,  
seine Wissenschaft und Politik die Irreligionität  
der Menschen verhöhle habe! Zeit richtete der liberale Pro-  
fessor dieselbe Beschuldigung gegen die Sozialdemokratie! Der  
Weiß, der seine eigenen Freiheitsgrundsätze hin für die demu-  
zigsten Leistung spendeten, läßt erkennen, daß der National-  
liberalismus nunmehr mit der Reaktion auch in dem Bestreben  
gemeinsame Sache macht, „dem Volke die Religion zu  
erhalten“, b. d. den Geist des Volkes für die  
Zwecke, die Interessen der herrschenden Stände  
und Klassen zu dreschen. Einen andern Sinn hat  
die Phrase, daß „dem Volke die Religion erhalten werden  
möchte“, nicht.

Der Sozialdemokratie ist die Meligion Privatsache. Sie hat freilich mit religiösen Dogmen und kirchlichen Sitten nichts gemein; ihre Grundätze und Verstrebungen sind auf die Wirklichkeit gerichtet; mit dieser rechnet sie und nicht mit dem „besseren Jenseits“. Daß sie zur Auflösung sich bestimmt, mit welchen übernatürlichen Vorstellungen unvereinbar sind, ist selbstverständlich. Nebenwegen aber taftet sie keines Menschen religiöse Überzeugung an, sofern dieselbe nicht zu einem der neuzeitlichen und kulturrührigen Missbrauch kirchlicher Dogmen führt. Ein solcher Missbrauch liegt vor, wenn man dem arbeitenden Volle sagt, sein Lohn sei „von der Gottheit bestimmt“ worden, es müsse also Noth und alles Elend voll Ergebenheit in „den Willen Gottes“ tragen und dürfe nicht murren. „Im Himmel“ werde den Armen derzeit seine Lohn erhalten. Diese gegen Menschenrechte und Menschenwürde, gegen die gesunde Vernunft und die Gelehrte des Kulturstreichs gerichtete Lehre kann die Sozialdemokratie selbstverständlich nicht unverboten lassen; sie ist den herrschenden Klassen immer ein Mittel gewesen, die Arbeitenden im Range der Untertanenfamilie zu halten und von der Verfolgung ihrer berechtigten Interessen zurückzuhalten. Die sogenannte „bessere und bessere Gesellschaft“, die Masse der auf Freiheit und Bildung Rostenden, läßt sich durch religiöse Lehren nicht zurückhalten, ihrer Selbstdurchdringung bis zum Außersten zu fähnen, das arbeitende Volk auszubauen, sich auf Kosten der Armut zu bereichern, alle Gewalt des Lebens in Anspruch zu nehmen. Ihre „Meligion“ ist Scheufsel, der Decharakter für einen entarteten Egoismus, für Ungerechtigkeiten aller Art. Wenn sie sagen, daß es ihre Aufgabe sei, dem „Volle die Religion zu erhalten“, so kann der vernünftige und ehrliche Mensch zu diesen plumpern Beträufchen nur misslich schaun. Die Weise, wie diese Religion als Ausflug der höchsten Geschrecksfeuerlei kennt keine Unterbrüfung und Aushebung der Menschen durch den Menschen, keine Härten und keine Knüchte, sondern nur gleichberechtigte Wesen; sie gipfelt in der Anerkennung des Rechtes der Arbeit. Wer möchte au behaupten wagen, daß die herrschenden Gesellschaftsklassen von dieser Religion erfüllt sind? Es ist ein nicht hoch genug zu schätzendes Glück für die Menschen, daß die Massen der Arbeitenden den entsetzlichen Schindel, den die privilegierte Selbstdurchdringung von jenseits mit sogenannter „Religion“ getrieben hat, durchschauten und demselben entgegen treten. jeder Berliner, die gegenwärtige „Religion“ gegen den Geist des Fortschritts, gegen das unverantwörbare Werk der Arbeit auszuweichen, wird das Entgegengesetzte vor dem bewirken, was er hoffen will.

Professor Wache entstößte sich dann weiter nicht, die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen für die Buname der Eigentumsvorbrechen!!! Er behauptete, die Sozialdemokratie predige die Lehre „Eigentum ist Diebstahl!“ Wenn man nicht annimmen will, der liberale Professor habe über besseres Wissen die Unwahrheit gefragt, so bleibt nur die Annahme, daß er sich in seinem Werthe unwissentlich befindet. Mögt die Sozialdemokratie hat diese Lehre erfunden. Sie findet sich bereits auf den Kirchenakten der ersten christlichen Zeit und ist nachher von vielen Philosophen, zuletzt von dem französischen Brouhon 1840 wiederholt worden. Die Stellung der Sozialdemokratie zur Eigentumsfrage geht von der Thatthese aus, daß das Eigentum in beständiger Entwicklung und Umbildung begriffen ist. Sie will nicht das Eigentum an sich aufheben, sondern den Mißbrauch desselben, der Ungerechtigkeit bei Ausbeutung und Unterdrückung durch die Besitzübermacht ein Ende machen. Jeder soll als Eigentümer bestehen und genießen, was er durch eigene, ehrliche Arbeit erwirkt. Ein Eigentum, das seine Existenz lediglich der Ausbeutung, der Veräusserung der ehrlichen Arbeit verdankt, hat keinen natürlichen Rechtsgrund für sich. Die Möglichkeit, solches Eigentum zu erwerben, um damit die Unterdrückung und Ausbeutung bestofer Nebenmenschen weiter zu betreiben, wird befeitigt werden. Erst dann, wenn jeder hat, was ihm für ehrliche Arbeit gebührt, kann von willkürlicher Heiligkeit des Eigentums die Rede sein. Die heute herrschende Eigentumslehre ist, wie der große Rechtslehrer Rudolf v. Thierberg so feststellt, nichts weiter als die Gefräsigkeit und Unfreiheitlichkeit des Egoismus.

In einer der letzten Sitzungen (7. März) gelangte eine Vorlage zur Beratung, die für das Baujahr 1862 von besonderem Interesse ist und die wir bereits früher kurz erwähnt haben, der Entwurf eines

## **Hypothenbankgesetzes.**

Das Bedürfnis nach einem solchen ist immer stärker herorgekommen. Bis jetzt ist die Regelung des Hypothekenbaulenkens in Deutschland eine sehr verstreute. Die wirtschaftliche Bedeutung derselben erhellt aus der Thatfrage, daß im Jahre 1913 die deutschen Hypothekendarlehen M. 5 978 000 000 Darlehen ausgegeben haben, darunter M. 172 000 000 auf Städte und Gemeinden. „Die Hypotheken“, so sagte Staatssekretär Dr. Niederbergig, „haben sich zu dem großen Kreise der Verbraucher gebürgt, in das die Epipanthe des Landes hineinfüllten.“

Der Entwurf will die staatliche Kontrolle für die Bauten einführt wissen, eine Forderung, welche unter der Voraussetzung, daß die Kontrolle eine gute ist, volle Zustimmung verdient. Die Bauten müssen ihren Gläubigern reale Sicherheit gewähren.

Den Standpunkt der Sozialdemokratie vertrat der Abgeordnete Calwer. Er bekannte sich prinzipiell für die Vorlage, machte aber folgende Bedenken gestellt:

die Vorlage, maßte aber folgende Bedenken geltend: „Wir haben weder das Interesse des Grundbesitzes noch bes ‘mobilen Kapitals’, noch gar erst die Interessen des vermittelnden Hypothekenbanken zu vertreten. Wir unterscheiden den Gesetzeswurf bloß nach dem einen Gesichtspunkt, ob dort nicht etwa die Beschränkungen mit den Arbeitgeberinteressencollidiren, und daß kann bei eingelassenen Bestimmungen eintreten. Ganz sind wir mit der Regelung der Beleihungsgrenze nicht einverstanden. Weshalb soll der ländliche Grundbesitz beziehungsfähiger sein, als der städtische? Dann befürchten wir eine groÙe Schädigung des Baugewerbes durch die Bestimmungen über die Bestellung von Baugelder-Hypotheken und Hypotheken auf Neubauten. Wir glauben nicht, daß durch solche nachbarschaftliche und absolute Begrrenzungen wie die, Hypothekenbanken dürfen über 10-12% kroÙe Hypothekenzinsen, nicht reiseien, oder nur

über 10 Pkt. Ihre Hypothekenlauflage nicht beladen oder nur bis zur Hälfte ihres Aktienkapitals damit gehen, irgend einen Schuß gegen unsolide Belebung bieten. Im Gegenteil, gerade unter den Schülern solcher Bestimmungen wird das Misstrauen eingeschlafst. Wenn der Hypothekenbanken dieser Gesellschaftswelle genommen wird, so wird dadurch eine große Schädigung der Bauarbeiter eintreten. Es ist namentlich für große Städte zu bedenken, daß die Bauten ganz extreme Summen brauen Geldes beanspruchen; wird den Hypothekendarlehen nun plötzlich untersagt, das Baustoffhypothekengesetz wie bisher zu betreiben, so entsteht die Gefahr, daß wenigstens auf einige Zeit eine Periode eintritt, wo das fiktive Geld zu den Neubauten nicht vorhanden ist. In Berlin werden jährlich zirka 700 Neubauten ausgeführt. Eine 25 000 Menschen sind dadurch beschäftigt. Eine plötzliche Störung der Geldzufluhr für die Bauunternehmer würde die Zahl der Arbeitslosen ganz erheblich vermehren und noch die Wohnungsnöthe verschärfen. Ein Fall des Konflikts einer Hypothekendarlehen holtzen nach dem Eintritt den Bauhandelsbetrieb ganz besondere Vorsicht ein geräumt werden. Hat eine solche Bank nun erhebliche Hypotheken auf Neubauten oder Baustellen ausgegeben, die noch nicht ganz ausgezahlt sind, weil der Bau noch nicht abgenommen ist, so kann der Fall eintreten, daß bei einem solchen Konflikt eine ganze Menge Bauhandwerker, namentlich Bauarbeiter, um ihr Geld kommen. Auch nach dieser Richtung hin werden wir in der Kommission für die Vorberatungen der Bauarbeiter eintreten."

Die Forderungen sind von der Sozialdemokratie bereit bei Verabschiedung des Bürgerlichen Gesetzbuches vertreten worden, leider vergeblich. Hoffentlich gelingt es jetzt, den rechtsgütigen Interessen der Bauarbeiter Rechnung zu tragen.

Rundschau.

\* Was ist eine „unerlaubte Geldsammlung“? Die Mauers von Dresden und Umgegend beschlossen vorher in einer Verfassung, einen besonderen Unterhaltungsfonds für außergewöhnliche Notfälle zu gründen. Deshalb wurde beschlossen, daß für eine Zeit jeder verheirathete Maurer 30,-, jeder ledige 40,- pro Woche zu zahlen hätte. Wie das in jenen Jahren üblich ist, wurde auf jedem Bau ein Arbeitskollege beauftragt, am Abnütztag diese Weitkäse einzufordern. Einer der Kästchenen geriet nun auf einem Bau mit einer Maurer, der den Beitrag nicht zahlen wollte, in Differenzen, weshwegen der Erste später wegen „Nöthigung“ zu zehn Tagen Gefängnis verurtheilt wurde. Gleichzeitig decimal der Verbrecher aber auch wegen Bornnahme einer unerlaubten Geldsammlung zwei Tage Haft zudiskutiert. Das Landgericht urteilte eben und das Oberlandgericht hat nunmehr gleichfalls die Strafe bestätigt. Es erhebt also in dem Sammeln auf einem Bau unter einer ganz bestimmten Kategorie von Arbeitern, eine öffentliche Geldsammlung, denn nur diese sind von einer Erlaubnis abhängig. Der Beklagte führte aber nur einen Beleg aus, wie er in öffentlicher Verfassung unter den Augen der Behörde bestimmt worden war. Wenn aber die Sammlung selbst als strafbar erachtet wird, so müste natürlich der Beschluß über diese als Aufforderung dazu strafbar sein. Solche Konsequenzen zeitigt das Urteil. Entweder es findet dannach in Zukunft solche Beschlüsse zur Bornnahme von Geldsammlungen ohne Erlaubnis ungültig, oder aber es können Sammlungen für einen bestimmten Kreis wohl beschlossen, aber nicht ausgeführt werden, wenigstens nicht in der hier in Frage stehenden Weise. Damit ist die beliebte Musterordnung über die Bornnahme öffentlicher Geldsammlungen, die sich von Haus aus gegen die Arbeiter richtete, und die Sammlungen unter einem unbefrchteten und unbestimmten Personenkreis, z. B. in öffentlichen Volksversammlungen, von den politischen Gewerken abhängig gemacht, noch weiter ungünstig der Arbeiter ausgelegt worden. Über auch das wird nichts nützen, fassst wohl deshalb doch.

\* **Saunte Justiz.** Man vergleiche nachstehenden Fall mit dem Dresdener Justiz-Verfahren! Vor der Graubündner Strafanstalt stand am 4. März der Landwirt Wegener aus St. Graben angeklagt wegen Freiheitsberaubung, gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung. Am 27. Dezember hatte sich ein bis dahin bei ihm in Dienst stehender Arbeiter etwas angetrunken und war mit dem Angeklagten in Streit geraten. Schließlich verlangte der Arbeiter seinen Lohn und seine Rapsiere, weil er sie auf andere Arbeit suchte wollte. Wegener rief ihn in sein Zimmer und der Arbeiter, welcher glaubte, er würde abgeholzt werden, ging hinein. Sogleich er das Zimmer betrat, verschloß der Angeklagte die Thür und verlebte dem Arbeiter mit einem harten Gegenstand einen berarztlichen Schlag an den Kopf, daß er zu Boden fiel; hemm durch den Boden liegengen verlor er dann die Sicht mit den Füßen gegen den Leib. Dann riss der Angeklagte eine Geheue von der Wand und schrie: „Hund, ich schwiege Dich tödlich!“ Schließlich ließ er den Mißhandelten aus der Stube. Nach einem ärztlichen Attest hat der Arbeiter durch die Richtstätte einen Leichenbruch dargestanden. Der Gerichtshof berurtheilte den rohen Patron zu der milden Strafe von einem Monat Gefängnis! \* **Wegen Vergewaltigung gegen § 153 der Gewerbeordnung** wurden am Freitag vom Spandauer Schöffengericht die Mauerte Vorwerte und Polizei zu zwei bzw. einer Woche Gefängnis verurtheilt. Am 7. Oktober v. J. als der Streit der Spandauer Bauarbeiter längst für beendet erklärt war, arbeiteten die beiden Angeklagten in der Spandauer Baudrausse

Borchert fragte den neu eingestellten Maurer Burwig während des Frühstückspausen nach dessen Verbandsbuch; dieser erklärte, dem Verbande zwar anzugehören, das Buch aber nicht mitzuführen. Er, Burwig, hätte in Spanien auch vier Wochen mitgestreift, aber keine Streitunterstützung erhalten. Heraufsortbereite Böttcher bat, ihm hinreichend bekannten Burwig aus, anderem Tages seine Papiere mitzubringen. Er soll nach der Aussage des Burwig hierbei die Worte „Streitbrecher“ gebraucht und gesagt haben, „Wenn DU bis Montag nicht A 3 an die Straßfalle zahlt, dann las Dich nicht wieder blicken, sonst schlagen wir DIR die Knochen kaput!“ Böttcher hat immer nach der Aussage des Burwig – zu Leistem nur geäußert, er solle sich nicht zu anständigen Leuten legen. Burwig nahm dann nach Bewidigung des Frühstückspausche die Arbeit nicht wieder auf. Das Gericht erhielt in den Worten der Angestellten ein Vergehen gegen die Gewerbe-Ordnung, da der Maurerverband eine Vereinigung zum Zwecke der Erlangung günstiger Lohns und Arbeitsbedingungen im Sinne des § 183 der Gewerbe-Ordnung darstelle und das Vorgehen der Angestellten deshalb auch nach diesem Paragraphen beurtheilt werden müsse. Der Amtsgericht, Namens Göhring, gab seine sozialpolitischen Kenntnisse zum Besten. Er glaubte den Maurerverband am tiefsteindamit charakteristisch zu können, was er erklärte: „Der Maurerverband hat offensichtlich den Zweck, Arbeiter, welche nicht arbeiten können oder wollen ( ), um vielleicht dessere Arbeitsbedingungen zu erwirken, auf Kosten der anderen Arbeiter zu unterstützen.“ Er beantragte gegen jeden der Angestellten eine Gefängnisstrafe von 8 Wochen. Bei Verkündung des eingangs erwähnten Strafnaches erklärte der Vorlesende ausdrücklich, daß das Gericht den zweiten Verlastungszeugen, Maurer Gründ, welcher gleichfalls von den Angestellten belästigt sein wollte, keinen Glauben geschenkt habe, da seine Aussage sehr widersprüchlich und beworfen gewesen sei.

\* **Wegen Drohung mit Werrnsfeierklärung und Körperverlehung** war gegen den Maurer Friedrich Helzmann Anklage erhoben und bei dem Amtsgericht im Langemühle der Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens gestellt worden. Das Amtsgericht lehnte den Antrag wegen Unzuständigkeit ab. Hierauf erhob der Staatsanwalt in derselben Sache Anklage. Das Landgericht Stendal erklärte aber die Strafverfolgung für unzulässig, weil die Anklage bereits verbraucht und gegen den Beschuldigen des Amtsgerichts nicht sofortig Beweise eingefügt worden war. Seitens des Staatsanwalts wurde gegen dieses Urteil Rekurs eingelegt, und kam die Sache am 20. Februar vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Das Gericht erklärte das Rechtsmittel für begründet, hob die Vorentscheidung auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

\* **Berufserklärung durch Unternehmer.** In Arbeiterkreisen ist es längst bekannt, dass die Unternehmer die Berufserklärung „unleidbar“ Arbeiten als das beste Mittel betrachten, um sie force zu machen, nur in „höheren Kreisen“ haben man davon bis jetzt angeblich nichts gewusst. Nunmehr habe aber das Gewerbegericht in Füchwil einen Fall von Berufserklärung durch Unternehmer festgestellt, und man darf einzusehen, wie gespannt sein darauf, wie der Tierschutz, den die Unternehmer ausüben, bestraft wird. Der Thalbestand folgender:

Einem Glasgeselle war von einer Firma Arbeit verschrieben worden, als er aber antreten wollte, legte er ein Schreibblatt der Firma, daß er ihn infolge Misserfolgen einer anderen Firma bei der er vorher gearbeitet, vor Ablauf von sechs Wochen nicht einstellen würde. Die Unternehmer der Spiegelbranche haben unter sich eine Vereinbarung getroffen, daß Arbeiter, die freiwillig aus einem Geschäft austreten oder aus „unlässiger“ Gründen entlassen werden, sechs Monate lang in einem anderen Geschäft nicht eingestellt werden dürfen. Auf Zuliefererhandlung ist eine hohe konventionalstrafe gelegt. Einer noch weit schlimmern Verursachung, als die Unternehmer der Spiegelbranche, hat sich die Halleche Steinverkennung schuldig gemacht. Der bis vor Kurzem bei der Innung bestehende Gesellenausstausch erhielt von den Gesellen der Auftrag, bei der Innung einen neuen Lohntarif für das Jahr 1899 zu unterbreiten. Das war der Gesellen gutes Recht und der Ausländer mußte den Auftrag ausführen, weil es eine der Aufgaben ist, die dem Gesellenausstausch gefestigt zu stellen. Die Innung hatte also die gesetzliche Pflicht, mit der gesuchten Gesellenvertretung zu unterhandeln. Es geschah dies jedoch nicht. Die Innung föhrte vielmehr den Gesellenausstausch einer von den boshaftesten Beleidigungen frohlockendem Weise, in welchem sie erklärte, daß sie auf jede Begründung und Verhandlung bei Antritt zum Lohntarif verzichte.

Die Arbeiter ihrerseits, welche sich inzwischen selber darüber überzeugt hatten, daß infolge der zu erwartenden ungünstigen Geschäftslage die Durchführung ihrer Anträge nicht möglich sei ließen, hielten der Sitzung durch den Gesellenausschuss die Mitteilung zugehen, daß sie ihre Anträge zurückstellt. Trotzdem beharrte die Firma auf ihrem Verlangen, daß die Steinleger es sie in Arbeit treten, sich unterschriftlich erklären lassen, unter den bisherigen Lohnverhältnissen arbeiten zu wollen. Auf den weiteren Antrag des Gesellenausschusses, daß die Sitzung als Eingedenktag ab verpflichtet sollte, seien Maßregelungen einzutreten zu lassen, antwortete sie mit Herausgabe schwarzer Listen, auf denen die Namen fälschlicherweise verzeichnet sind. Diese Listen wurden nicht nur den Mitgliedern der Gesellschaft Sitzung zugestellt, sondern auch an die Bevölkerung Steinlegermeister verübt.

Welt also die Steinberger von ihrem geistlichen Recht Gebrauch machen, der Innung durch ihre gesetzliche Vertretung ihre Wünsche zu unterbreiten, werden sie gemäßregelt, trotzdem von seinem Streit die Stube ist:

troßdem viele Leute ihre aufgestellten Forderungen zurückgezogen haben; troßdem diese Leute sogar ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, die von der Innung geforderte unterschrifftliche Erklärung zu liefern.

troßdem diese Leute auch sonst in keiner Beziehung sich weigern  
bei Habschen Steinsechmestern in Arbeit zu treten;  
und endlich daß ehrliche Leute daran zu denken haben.

um endlich, das gernmäst, daran zu denken ist, daß die Leute alle in Halle Arbeit erhalten können — trocken und allemend magt es die Halleische Steinseherinnung diese Leute, ehrliche Arbeiter, droslos zu machen, deren Christen in den Schmuck zu treten, zur „Strafe“ dasfür, daß sie es überhaupt gewagt haben, Lohnforderungen zu stellen. Wie heißt es doch gleich in der bekannten Kaiserrede? „Jeder, er sei wer er will, oder gelke, wie er will, der es wagen solle, eine

deutschen Arbeiter, der willig wäre, seine Arbeit zu vollführen, daran zu beginnen... mit Zuchthaus bestraft werden soll... Würde sich ein Staatsanwalt finden, der gegen die hassenen Steinmeister auf Grund des in Aussicht stehenden Buchausgefreesen Klage erheben würde? Wir glauben kaum. Dem was den Unternehmern zu thun gestattet ist, ist damit auch nicht zugleich den Arbeitern erlaubt. Das ist die Rechtsnorm; nach der heutigen regiert wird.

### Baugewerblisches.

\* Fähigkeit der Bauarbeit. Dresden. Auf einem Neubau in der Dornblüthstraße verlor am Dienstag, 7. März, bei dem Fortschaffen von Brettern ein auf einer Fensterscheibe stehender Arbeiter das Gleichgewicht. Er sprang aus dem ersten Stockwerk in den Hof und erlitt dabei einen Unterschenkelbruch.

Feuerebach bei Stuttgart. Am Samstag, den 4. März, stürzten beim Anbringen von Dachrinnen am Fabrikant Moser'schen Neubau drei Klempner aus einer Höhe von ca. 12 m herab. Der eine von ihnen, ein berührter Mann mit vier Kindern, erlitt einen schweren Rippenbruch, während die beiden anderen mit leichteren Verletzungen davon kamen. Das Unglück soll dadurch entstanden sein, daß das Gerüst, auf welchem die Arbeiter standen, mangelhaft befestigt war und sich infolge des auf ihm ruhenden Gewichts vom Gebäude löste.

Großkötzsch bei Leipzig. Bei der Bohrung eines Brunnens verunglückte am 9. März der Maurer Seif durchdurch, daß er, trok Abwesens, in den Brunnenschacht einfuhr, um das Wasser zu untersuchen. In dem Schachte befand sich so viel Staub, daß er, bestimmt hinunterzufallen und unten festzugehen blieb. Der in so schlechter Weise verunglückte Seif war an dem Brunnendbau, an welchem er sein Leben lieb, gernheit beteiligt. Er stand im Alter von 37 Jahren; er hinterließ seine Witwe mit drei noch unvergessenen Kindern.

Saarburg. Ein Gerüststurz, der leicht großes Unheil hätte herbeiführen können, erfolgte am Montag, 18. März, Vormittags um 11 Uhr, bei dem Neubau des Gebäudes an der Rothenbaum-Chaussee, woselbst es aus fünf Rüstungen bestehendes Gerüst durch seine eigene Schwere zusammenbrach. Die auf dem Gerüst beschäftigten 14 Maurer hielten sich an den eisernen Säulen, um, fest, so daß Niemand verunglückt gemacht haben. Es soll mit allen Mängeln genugt worden sein, auch fallen unter den Brettern die Bracken geblieben haben.

Saarburg. Nach Ausgraben eines Brunnens verunglückte ein Maurer dadurch, daß ihm ein voller Eimer in's Gesicht fiel. Der Verletzte mußte in's Krankenhaus verbracht werden. Der Bau führte Baumeister Klemann aus.

Mörgen bei Mindelheim (Bayern). Auf einem alten Hause war ein neuer Dachstuhl aufgebracht worden. Als man daran war, die Siegelplatten hinauf zu thun, stürzte der neue Dachstuhl zusammen, wobei der verherrliche Zimmermann Joseph Engstler von dem einfallenden Gebäude niedergeschlagen wurde. Er erlitt schwere innere Verletzungen.

Münsterberg. Auf einem Neubau stürzte der Klempner Gust. Freyer ab. Er zog sich einen Schädelbruch zu, an dem er bald darauf im Krankenhaus starb.

Oppenheim (Geg. Ber.). Am 24. Februar stürzte hier ein Kellergewölbe ein und begrub unter sich zwei Familienmitglieder. Eine wurde tot, das Andere schwer verletzt aus den Trümmern herbeigesogen. Der Unternehmer Peter von Oppenheim ist zwar ein sehr reicher Mann, hat aber kein Geld für Material, denn die Kollegen hatten den Auftrag, auszurüsten, obwohl erst eine Länge von 3 m gewollt war, weil seine Bretter vorhanden waren, um weiter einzurichten zu können. Der überlebende erklärt, daß der Mörtel zur Bruchsteine leicht verarbeitet worden sei, die Kollegen hätten sich selber den Mörtel verfehren müssen, um denselben nur verarbeiten zu können. Die Bauteile wurde geschlossen und eine pointige Unterstüzung eingeleitet, die hoffentlich den Schulden ermittelte wird. Eine leidende Person war am Platze nicht vorhanden.

Wiesbaden. Der Maurer Oetl wurde am 4. März, Vormittags, von der Leiter abgestürzt aufgesucht. Er hat eine von dem Klempner nicht gut befestigte Rinne so anbringen wollen, daß die Putzarbeit nicht vom Meier beschädigt wurde. Hierbei ist er infolge Feststurzes vier bis fünf Meter hoch von der Leiter abgestürzt. O. verstarb in der darauffolgenden Nacht an innerer Verblutung im Krankenhaus.

Wriezen (Geg. Ber.). In der Briesdorferstraße, am Neubau eines Maschinenhauses, brach ein Theil des Gerüstes zusammen, auf welchem zwei Maurer beschäftigt waren. Ein älterer Kollege, Hanke, kam bei dem Sturz mit dem linken Schenkel davon, während der Andere, ein Lehrling, einige Verluste erlitt und sich auch noch edere Theile verletzte, so daß er arbeitsunfähig wurde. Der Bau wird vom Maurermeister W. Christof angeführt. Das Gerüst, zu welchem leichtsinnigerweise nur Lateter verarbeitet wurden, welche dem Druck nicht widerstehen konnten, soll nach Angaben der dort Beschäftigten vom Meister und einigen Lehrlingen erbaut sein. So wird mit Leben und Gefährdetheit der Arbeiter umgegangen.

\* Moderne Bautkunst. Am Montag, den 6. März, Nachmittags gegen 1 Uhr, stürzte in Minden ein vor etwa zwei Jahren erbautes, wegen schlechter Bauart aber nicht benötigtes Mietgebäude an der Humboldtstraße ein, während im anliegenden Anwesen ein Baumgrund ausgebrochen wurde. Zwei Arbeiter wurden verletzt, jedoch nur unbedeutend.

\* BesitzungsNachweis im Baugewerbe. Der Bundesrat hat den Antrag der bayerischen Regierung abgelehnt, der Nobell zur Generale Ordnung eine Bestimmung über die Einführung des BesitzungsNachweises im Baugewerbe einzufügen.

Dies soll jedoch, wie man der „Aussch. Abenburg“ schreibt, eine grundsätzliche Entwicklung bedeuten. Im Gegenteil, nach wie vor sei im Bundesrat die Stimmung für eine solche rechtsgesetzliche Vorchrift sehr günstig. Es erscheint aber der Mehrheit der verbündeten Regierungen nicht angezeigt, eine so dringlich erfordernde Neuerung, wie sie im Verhältnis zu der seit dreißig Jahren bestehenden Gewerberecht der obligatorische BesitzungsNachweis im Baugewerbe darstellen würde, im jetzigen Augenblick einzuführen. Man möchte den Handwerker in einem nicht vorgreifenden, sondern ihnen die Gelegenheit geben, sich qualifiziert über diese Frage zu äußern. Erst auf Grund dieser Gutachten, die vorausgänglich zu Gunsten des bayerischen Antrages ausfallen würden, würde abs dann der Bundesrat in diesem Sinne beschließen.

Die Angaben der „Aussch. Abenburg“ finden ihre Bestätigung in einer Note des preußischen Handelsministers Preßels, welche dieß am 7. März, im preußischen Abgeordnetenhaus hält. Der Abgeordnete Felsch hatte beim Titel Unterrichtswesen (Baugewerkschulen) auch die Frage nach dem BesitzungsNachweis angehoben. Hierauf antwortete Preßel, daß er sich in dieser Frage mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt habe. Diese habe sich weitere Erklärungen vorbehalten, weil sie es für nötig hält, erst die noch zu konstituierenden Handwerkerkammern über das Bedürfnis und die Ausgestaltung eines solchen BesitzungsNachweises zu hören. Die Konstitution dieser Kammern werde bei den zahlreichen Schwierigkeiten vor dem Herbst d. J. kaum erfolgen können. Erst dann könne also über diese Frage entschieden werden.

Wenn der Minister Preßel über die Stimmung der preußischen Bundesratsmitglieder richtig wiedergegeben hat, dann ist kaum zu denken, daß der BesitzungsNachweis in absehbarer Zeit eingeführt werde. Der Minister sagte: „Ein dringendes Bedürfnis zu einer gesetzlichen Regelung liegt bis jetzt nicht vor.“ Es steht stattdessen fest, daß die größere Zahl von Bauunfällen Denjenigen zur Last fällt, die diese Besitzung im vollen Maße ausüben. Die Bauunfälle sind meist auf den Mangel von baupolizeilicher Aufsicht zurückzuführen.

Das waren ebenfalls bittere Worte für die Bünzler. Uns hat man ja bekanntlich immer vorgeworfen, daß wir zu agitatorischen Zwecken die Zustände auf den Bauten viel zu schwarz malten; nun haben wir aber einen Eidhelfer in der Person eines leibhaftigen Ministers gefunden. Auf den Mangel von baupolizeilicher Aufsicht sind meist die Bauunfälle zurückzuführen. Hoffentlich wird in der Regierung auch bald ein, das eine baupolizeiliche Aufsicht nur dann ihren Zweck erfüllen kann, wenn den Arbeitern ein großes Haftpflichtfeld in dieser, als notwendig anerkannten Aufsicht eingerichtet wird.

\* Grundzüge eines allgemeinen Baugesetzes für Sachsen. Im „Dresd. Journal“ sind die vom Ministerium des Innern ausgearbeiteten Grundzüge eines allgemeinen Baugesetzes für Sachen erschienen. Zur Verabschaffung dieser von einer Deputatirat besiegten Grundzüge tritt am 20. März im Ministerium des Innern eine Kommission zusammen, in welche eine Anzahl von Gemeindeverwaltungsbeamten, Bautechnikern, Architekten, Landwirten und anderen Bevölkerungsvertretern werden. Ob unter dieser letzteren Kategorie auch Arbeitgebervertreter sind, erscheint mehr als fraglich. Red. d. „Grundz.“ Die einzelnen Abschnitte der Grundzüge lauten: 1. Allgemeine Bestimmungen. 2. Ortsgezege und Ortsliche Polizeiverordnungen. 3. Gestaltung und Wirkung von Bauanträgen und Baustützplänen. 4. Beschaffung, Herstellung und Unterhaltung der örtlichen Verkehrsstraßen und der Straßenbrücken. 5. Umlegung und Enteignung von Grundstücken. 6. Erstattungsansprüche und Bauabgaben. 7. Bewahrung der Grundstücke. 8. Schaffung der polizeilichen Beaufsichtigung der Bauten.

Wie Sachen als Verhältnisse der älteren realitätsnahmen gilt, scheint man dort auch die Wirtschaftlichkeit eines Besitzgeistes für den Bauarbeiter zu prüfen. Das sachliche Ministerium hat, wie sein anderes, in den letzten Jahren auf diesem Gebiete operiert. Allerdings ist für die beauftragten Arbeitnehmer nicht viel herausgekommen. So wie es auch ferner bleiben, wenn an maßgebender Stelle die häufigsten Wünsche der Bauarbeiter ignoriert werden. Man sieht und sieht und sieht — — —

\* Wohnungsnöth. In Erfurt macht sich eine steigende Wohnungsnöthe geltend, die namentlich für Arbeiter eine fast völlige Mangel an Wohnungsräumen gleichsetzt. Während im Jahre 1893 (Kümer für April gerechnet) bei 16 882 Wohnungen 921 fehlt, standen verhindert sich diese Zahl trotz regelmäßiger Ansatz der überhaupt vorhandenen Wohnungen demnach stets und es standen im April 1898 bei 17 632 überhaupt vorhandenen nur 92 leer. Nach einer Betrachtung unseres Erfurter Parteisatzes, die die vorhandene Raumhälfte berücksichtigt, wird sich der Wohnstand noch verschärfern und für die Arbeitnehmer selbst dann, wenn im Allgemeinen genug Wohnungen geschaffen werden, doch dazu führen, daß sie in kostspielige Wohnungen nachdrücken müssen.

### Lohnbewegungen und Streiks.

#### Maurer.

In Gelle hat die Lohnbewegung für dieses Jahr ihren Abschluß damit gefunden, daß 40 & Stundenlohn vom 1. Juli ab gezahlt werden.

In Sangerhausen, wo die größere Zahl der Kollegen ausgespart wurde, weil sie nicht unfehlbarlich erschienen waren, in diesem Jahre keine Forderungen zu stellen, ist die Differenz am Dienstag, 7. März, beigelegt worden. Zu einer Maurerversammlung am Abend vorher waren die drei in Betracht kommenden Unternehmer eingeladen und auch erschienen. Einer der selben, Baumeister Wünsche, gab die Erklärung ab, er wolle sich mit den Gesellen vereinbauen. Dieser Erklärung schlossen sich die Meister Thole und Baumhahn stillschweigend an.

Anderen Tages wurde in längerer Sitzung zwischen den drei Meistern, der Lohnkommission und einem Vertreter des Vorstandes folgender Tarif für dieses Jahr vereinbart: Mindestlohn für normalen Gehalt 26 & pro Stunde, für Jungenstellen, im ersten und zweiten Gesellenjahr 22 &, und für alle, nicht mehr ganz leistungsfähige Gesellen 20 &. Überstunden-Maats- und Sonntagsarbeit soll nur in ganz dringenden Fällen geleistet werden; aber auch den Gesellen ist das sogenannte Schwarzen mit Rechnung nach Feiertagen und Sonntags unterlegt.

Für Überstunden zu wird ein Zuschlag von 5 & pro Stunde gezahlt. — Für Landarbeit bei 2—5 Kilometer Entfernung werden 5 & Zuschlag und wenn Übernachtung der Gesellen notwendig ist, werden 10 & Zuschlag pro Stunde gezahlt. — Für Weißerarbeit werden 10 & Zuschlag pro Stunde gezahlt. — Die Auszahlung des Lohnes erfolgte im Allgemeinen bei Arbeitszeitlohn auf der Baustelle. — An den Vorabenden der hohen Feiertage ist eine Stunde früher Feierabend, ohne Abzug vom Lohn; die Weißerpausen kommen an diesen Tagen in Fortfall. — Die Pinself zum Weisen liefert der Meister, oder er zahlt entsprechendes Pinselfest. Das für Schwarz mit Verzeugen aufgewendete Pinselfest wird den Gesellen aufgedrässtet, oder der Meister lädt das Verzeug auf seine Rechnung. Daububen und Abzüge werden gleichfalls zugerechnet. Weißerarbeiten sollen nicht vornehmen werden. Unsere Kollegen haben durch diese Ver-

einbarung eine Erhöhung ihres Stundenlohnes um 3 & erzielt. Bei Jahreslohn wird die Lohnkommission mit den Unternehmern über die Arbeitsbedingungen für das nächste Jahr berathen.

Die Kollegen in Eberswalde haben sich mit den dortigen Unternehmern dahin geeinigt, daß vom 1. April d. J. 40 & Stundenlohn zur Ausschaltung gelangen.

Aus Teterow wird uns berichtet, daß einige Unternehmer nunmehr die Forderung der Gesellen: Einführung des Stundenlohns von 80 &, bestätigt haben. Offenbarlich haben die Unternehmer die Erklärung zwar nicht abgegeben, aber sie zahlen doch. Wenn die Baupolizei richtig ihren Anfang nimmt, dürften die Teterower Unternehmer wohl allgemein 80 und 32 & zahlen. Zimmerlin ist Zugunförlig noch fern zu halten.

In Anklam zeigten die Unternehmer in diesem Jahre mehr Verständnis für die Forderung der Gesellen als im vorigen Jahr. Am 1. April wird der Lohn um 2 &, von 80 auf 82 erhöht. Weiter führen die Kollegen ihre Organisation noch so gefestigt, daß sie die 10stündige Arbeitszeit event. durch Streik erzwingen könnten.

In Luckenwalde kam folgende Vereinbarung zwischen den Gesellen und Unternehmern zu Stande: 88 & Mindeststundenlohn; Sonnabends 6 Uhr freihabend, an den Vorabenden der hohen Feiertage 4 Uhr, in beiden Fällen ohne Sohnabzug; ½ Stunde Feiertagspausen und eine Stunde Mittagspausen bleiben auch bei den längeren Arbeitstage bestehen; die Unternehmer führen für gute Baubuden und Abzüge Sorgen tragen und auch die zur Aufrechterhaltung des Werkes notwendigen Spatensteile liefern; Anfang Oktober treten die Unternehmer wiederum mit der Lohnkommission zusammen, um für das nächste Jahr die Verbindungen zu vereinbaren.

In Wittenberge hatten die Kollegen mit sechs Unternehmern vereinbart, daß vom 1. März ab 32 & Stundenlohn gezeigt werden sollen; diese sechs Unternehmer haben auch ihr Vertragsgebot gehalten, aber zwei weitere Unternehmer lehnen sich nicht an die Abmachungen. Nachdem bei diesen der Streik zu drohende Nähe rückt, haben auch sie am 5. März der Lohnkommission das Vertragsgebot gegeben, von da ab 32 & zu zahlen. Für Wittenberge ist daher in diesem Jahre die Lohnbewegung erledigt, wenn was wohl zu erhoffen ist, die Unternehmer ihr Vertragsgebot halten.

Die Kollegen von Gartitzheide und Umgegend beschlossen am 1. März, in die Bewegung und eventuell in den Streik zu treten für die Forderung: 35 & Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit. — Nachträglich wird uns berichtet, daß vier Unternehmer die Forderung bewilligt haben, die drei übrigen, die zur Zeit wenig in Betracht kommen, sollen gelegentlich durch Bauherren der Bewilligung geneigt gemacht werden.

Die Pinnberger Kollegen haben sich mit den Unternehmern dahin geeinigt, daß vom 1. Juli ab 45 & Stundenlohn gezeigt werden. Zwei Unternehmer haben sich der Vereinigung vorläufig nicht angegeschlossen; dies hat jedoch nicht viel zu bedeuten.

Die Kollegen in Heide beabsichtigen, in den Streik zu treten. Forderung 45 & Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit.

In Flensburg sind nach einer Mitteilung aller dortigen Kollegen jetzt in Arbeit. Wie sprechen trocken die Erwartungen aus, daß unsere wandernden Kollegen vorläufig Flensburg meiden. Gerade rohlich ist die Arbeitsgelegenheit vorläufig nicht dort, und außerdem dürfen die dortigen Kollegen ja auch nach Mönchengladbach mit den Unternehmern zu begegnen haben.

In Cottbus sind die Differenzen noch nicht beigelegt. Die Cottbuser Kollegen stehen mit den Unternehmern in Unterhandlung wegen 45 & Stundenlohn.

In Barth haben die Bauten der Unternehmer W. einberg, Barth und Höfle Wittenberge gespielt, weil beide den im vorigen Jahre vereinbarten Tarif nicht bezahlen wollen.

In Genthin ist der Streik ausgetragen; unsere Kollegen fordern 35 & Stundenlohn.

In Lübeck stehen die Kollegen in Werder (Havel); sie fordern 36 & Stundenlohn. 34 & haben die Unternehmer geboten; einer bewilligt 36 &, und wurde bei diesem die Arbeit wieder aufgenommen.

In Bruchmühle bei Landsberg streiten die Kollegen gleichfalls; sie verlangen 40 & Stundenlohn. Zwei Unternehmer haben bewilligt.

In Gera auf Augen haben die Kollegen, wie uns versichert, gemeldet wird, schon am 1. März die Arbeit niedergelegt. Sie fordern zehnstündige Arbeitszeit und 30 & Stundenlohn, bei Überlandarbeit 35 &.

Die Uckerländer Kollegen beschlossen am 5. März, 32 & Stundenlohn zu verlangen. Sollten die Unternehmer wieder Ermarter nicht geneigt sein, die geringfügige Lohnherabholung zu bewilligen, so dürfte der Streik beobachtet werden.

Die Kollegen in Goldberg (Mecklenburg) beabsichtigen, am 1. April in den Streik zu treten, wenn nicht bis dahin die Unternehmer die 10stündige Arbeitszeit und 30 & Stundenlohn bewilligt haben. Die Kollegen erfüllen um Fernpaltung des Zuganges.

Mit der Lohnfrage beschäftigen sich am 4. März auch die Kollegen in Gotha. Die Forderung ist den Unternehmern schon früher eingerichtet worden, sie haben es aber unter ihrer Würde befunden, mit der Lohnkommission zu verhandeln; schließlich haben die Unternehmer geantwortet, sie wollten den besten Gesellen 2 & pro Stunde zugeben. Ob dieses Angebot so gut wie möglich ist, beschlossen die Kollegen, nochmals eine Unterhandlung einzutreten, um dann, den Umständen entsprechend, weitere Maßnahmen zu treffen. Man wußte den Zugang von Maurern schon festzuhaben.

Die Bielefelder Kollegen sind mit dem Unternehmer Schröder in Differenzen gekommen. Unsere dortige Zahlstelle hat den Mitgliedern durch Generalversammlungsschlüssel die Aufforderung verboten. Daraufhin hatte Schröder durch seinen Bielefelder Berliner Bürger anwerben lassen, um die Baularbeiten auszuführen. Nach erhaltenem Ausführungsbrief haben die Berliner Bürger Bielefeld jedoch wieder verlassen. Der Unternehmer Schröder hat nun die Absicht, sich Aufforderungen aus Düsseldorf oder dem Elsfeld zu kommen zu lassen. Alle Kollegen werden daher gebeten, in diesem Falle Arbeit nach Bielefeld nicht anzunehmen.

In Alzen (Westfalen) wurden unsere Kollegen ausgespart, weil sie Forderungen stellten. Eine größere Zahl der Ausgesparten hat in Mainz Verhaftung gefunden. Die Unternehmer dürfen übrigens mit ihren Maßnahmen schlecht abscheiden; schon jetzt sind infolge der Auspfernung in der Umgegend von Alzen einige neue Zahlstellen unseres Ver-

hundes gegründet, so daß die Annahme berechtigt ist, daß alle allerdings sind es die größten, dem Unternehmerverband an, während die zahlreichen kleinen Meister der Vorstadt genüge die Gelegenheit ergreifen, um mit Hilfe der ausgesetzten Arbeiter ihre Bauten vorwärts zu bringen. Auch an solchen Firmen, die als Mitglieder des Verbandes der Unternehmer das Ultimatum gehabt, aber trotzdem ihre Stoffkästen nicht ausgesperrt haben, sieht es nicht. Drei große Unternehmer haben die Sperrmaßregeln am Sonnabend nicht ausgeführt.

In Böblingen (Württemberg) fordern die Kollegen die zehntägige Arbeitszeit von 6—6, 48 & Normalstundenlohn für Überstunden 25, für Nacharbeit 50 und für Sonntagsarbeit 100 pf. Pfuschlag und die astfältige Lohnabzahlung, Sonnabends Abends bis 6 Uhr. Die Unternehmer wurden gebeten, bis zum 12. März b. S. ihre Willensmeinung einzugeben.

Alle Kollegen werden dringend gebeten, den Zusatz streng fern zu halten, nicht nur von den Streitparteien, sondern auch von den Orten, in denen die Kollegen mit den Unternehmern in Unterhandlung stehen.

Aus Österreich. Die böhmischen Bauarbeiter (Maurer u. c.) halten an die Unternehmer verbindliche Forderungen bezüglich Regelung des Lohns und Arbeitsverhältnisses gestellt. Die Unternehmer der Bezirke Aš, Karlsbad, Eger, Falkenau, Graslitz und Tepl haben nun die Forderungen der Arbeiter in recht zugenäherter Weise zurückgewiesen. Die Bauherrschaft schreibt:

1. Das geforderte Begehr um Kürzung der Arbeitszeit wird mit Mühe daran, daß das Baugewerbe auf eine Saison beschränkt ist, in dieser daher das zulässige Maß an Arbeitszeit erreicht werden muß, im Interesse der Arbeiterschaft selbst zurückgenommen.

2. Dem Arbeitgeber muss das Recht, die Lohnsätze für die einzelnen Arbeiter nach deren Leistung festzustellen, gewahrt bleiben.

3. Die Aufstellung von Grund- und Minimalstönen wird ganz entschieden zurückgewiesen, und muss den Arbeitgebern stets vorbehalten bleiben, die wirklichen Leistungen zu berücksichtigen und danach die Entlohnung festzusetzen.

4. Die Arbeit wird Sommer wie Winter nach der tatsächlichen Arbeitszeit in Stundenlöhner bezahlt. Die tägliche Arbeitsdauer wird in der eigentlichen Bauposition (genannter langer Tag) mit 9½ Stunden, von 6 Uhr bis 6 Uhr Abends festgelegt. Dem Arbeitgeber ist es freigestellt, den jeweiligen örtlichen Verhältnissen entsprechend, die gleichen Normalarbeitszeit von elf Stunden einzuführen. In diesen Fällen wird die erste Stunde mit dem gleichen Stundenlohn bezahlt.

5. Als Maximalstundenlohn gilt: für Maurer- und Zimmerleute 18 kr., für männliche Tagelöhner 18 kr., für weibliche Tagelöhner 9 kr., für jugendliche Hüttsarbeiter 6 kr.; für Fassadearbeiter, Tüncher und Steinmetze am Bau, sowie für Felsenarbeiter werden Stundenlöhne nach der jeweiligen Art der Leistung und nach besonderem Überentlohn vereinbart.

6. Zwischenhalb, der im Punkt 4 angeführten Arbeitszeit — und zwar in der eigentlichen Bauposition bei volliger Tagelosung — werden nachstehende Unterbrechungen gewahrt:

a) Vormittags und Nachmittags eine Pause von je einer halben Stunde.

b) Mittags eine Pause von einer Stunde.

c) Wiedeortsüblich die Arbeitszeit am Samstagtag um 6 Uhr Nachmittags beendet, so fällt die Nachmittagspause weg. Verträgt die baubedingte Arbeitszeit nur vier Stunden, so entfallen die Feiertag- und Nachmittagspausen.

7. Das Begehr um Abschaffung der Überarbeit wird ganz entschieden zurückgewiesen. Es liegt im Interesse des guten Arbeiters gegenüber dem unüber guten, da für die bessere Arbeitsleistung befürchtung Brüderlichkeit zu können. Sämtliche Überarbeit liegt allein der Sporn, Tüchtigkeit zu leisten und persönliche Geschicklichkeit und Fleiß zu verwirklichen.

8. Wegen der Belebung von Bauschäften und Aborten sowie der Verbesserungen bezüglich der Vermeidung von Schlingerungen und des Freigangs des 1. Mai stellen sich sämtliche Baugewerbetreibende auf den gelegenen Standpunkt.

9. Vertrauensmänner werden nicht ernannt, somit entfällt der Verkehr mit denselben. Sollte sich ein Arbeitgeber verfügt fühlen, so steht demselben das Recht der Beschwerdeführung bei den Arbeitgebern oder den Behörden zu.

10. Sämtliche Arbeitgeber der vorangeführten Bezirke erklären hiermit, daß sie von ihnen aufgestellte Arbeitsordnung vom Tage der behördlichen Bestätigung an in Kraft tritt.

Wie wir hören, beschäftigen die Bauarbeiter, auf das Schreiben der Unternehmer mit dem Generalstreik zu antworten. Hoffentlich haben die Kollegen sich die Sache aber nochmals überlegt und kommen zu anderen Entschlüssen. Der Generalsstreik ist ja gerade kein Spielzeug. Bei der überaus schwachen Organisation unserer böhmischen Berufsverbände scheint uns es aber erst recht aussichtslos, daß durch einen allgemeinen Streik etwas erreicht werden kann. Ein überstießtes Vorgehen könnte der Weiterentwicklung der Organisation geradezu gefährlich werden.

Aus Kopenhagen wird uns geschrieben, daß im vorigen Monat große Arbeitslosigkeit in ganz Dänemark vorherrschend war; mindestens die Hälfte der Maurer war außer Beschäftigung. In Kopenhagen wird die Überarbeit an Gesellen auch noch längere Zeit andauern. Über die Bauten mehrerer Unternehmer müßte auch die Sperr verhängt werden, weil sie die getroffenen Abmachungen nicht einzuhalten oder den fälschten Lohn nicht zahlen könnten. Mit dem Gebrauch einiger Unternehmer wird sich das von den Gesellen und Unternehmern eingetretene Schiedsgericht noch zu befähigen haben. In einigen Orten wurden auch neue Verträge abgeschlossen und dadurch kleine Lohnabschüttungen erzielt. In Kopenhagen ist der Lohn für Reparaturarbeiten von 3,80 kr. auf 4,40 kr. erhöht worden. Zugunsten dänischer Kollegen ist zuletzt seit ebenfalls nicht am Platze.

### Stoffkästen.

Über die Aussperrung der Stoffkästen in England schreibt der Ex-Mitgliedsstifter der „Leipz. Volkszeitung“ unter 7. März:

Was man von Anbeginn der Krise im Bauhandwerk vorausgesagt, ist eingetroffen, daß nämlich die Zahl der in London ausgesperrten Stoffkästen im Verhältnis weit geringer ist, als in der Provinz. Der Ausdruck des Londoner Verbandes zählt 9 Mitglieder. Nicht ein einziger dieser Häuser ist ausgesperrt. In Derbyshire, wo der Zweigverband 150 Mitglieder zählt, sind 20 ausgesperrt und von diesen haben 6 gleich am Sonnabend Arbeit gefunden. Der Londoner Verband zählt rund 4000 Mitglieder, und die Zahl der ausgesperrten ist nur 665. Von den über 2000 Baumasteren in London gehören nur wenige,

allerdings sind es die größten, dem Unternehmerverband an, während die zahlreichen kleinen Meister der Vorstadt genüge die Gelegenheit ergreifen, um mit Hilfe der ausgesetzten Arbeiter ihre Bauten vorwärts zu bringen. Auch an solchen Firmen, die als Mitglieder des Verbandes der Unternehmer das Ultimatum gehabt, aber trotzdem ihre Stoffkästen nicht ausgesperrt haben, sieht es nicht. Drei große Unternehmer haben die Sperrmaßregeln am Sonnabend nicht ausgeführt.

Wie beim Ausland der Maschinenbauer vor zwei Jahren wiederholt sich auch jetzt die Erfahrung, daß das Probingschäfer vorgegangen wird als in London, wo doch die Krise durch den Ausstand von 160 Stoffkästen ihren Anfang.

In Liverpool, wo das Hauptquartier des Unternehmerverbandes ist, sind gegen 300 ausgesperrt; in Birmingham sind

Beim Punkt „Agitation“ berichtet Kollege Kupke, daß bis jetzt eigentliche Arbeit noch nicht geleistet worden ist. Bahnhöfen wurden gesperrt in Spremberg, Weißwasser und Münsdorf, doch ist die letztere wieder eingegangen.

Im Januar 1899 befanden sich die Kollegen Kupke und Pohl auf einer Agitationstour, welche sich auf Mittelschlesien bis an die polnische Grenze und Glatz erstreckt. Es steht nach den Schätzungen der beiden Redner in den meisten Orten sehr knapp aus unter den Kollegen. Die Behörden unterdrücken die Meinung in Bezug auf Organisation. Versammlungen sind infolge Polizeiabreibung in vielen Orten nicht möglich. Speziell in Glogau, einer Stadt von 22000 Einwohnern, sieht es viel elender aus als anderswo. Die Flugblätter sind in allen Bahnhöfen gut verbreitet worden.

Mitglieder des Verbandes sind in Weißwasser 29, in Bunsbach 181, in Görlitz 197, in Haynau 20, in Grünberg 116, in

Kollege Kupke legt den Delegierten die Maßregeln an's Herz, reich thätig zu sein und alle übrigen Kollegen, welche noch nicht organisiert sind, dahin zu bringen, wo wir selbst sind. Meinung ist in der heutigen Zusammenkunft nichts Politisches gescheitert ist, so ist doch alles, was gesprochen worden ist, von Werkl. In „Bescheidenes“ ermahnt Kollege Schödel die Delegierten, in ihren Ortskrankensälen dafür zu sorgen, daß die Arbeiter durch Männer vertreten werden, welche den Interessen der Arbeiter nicht entgegenstehen.

In Bergen a. Rügen fand am 5. März eine öffentliche Maurerversammlung statt, die von 100 Kollegen besucht war. Die Kollegen hatten die Absicht, in den nächsten Tagen den Streit zu vollenden, da über die Baufonctionur noch ziemlich ungünstig ist, wurde beschlossen, vorläufig noch nichts zu unternehmen. Wenn der Unternehmer übrigens fehlt, daß es den Gesellen Ernst ist mit der Bewegung, dürfte auch wohl durch beiderseitiges Einvernehmen ein Streit immer noch hintan gelassen sein. Weiter stand auf der Tagesordnung: „Die Bedeutung des Bauarbeiterlongresses in Berlin“. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Meldungen, wie sie in Bergen und weiterer Umgebung auf den Bauten vielfach anzutreffen sind, besprochen. Da der Kollege Müller als Delegierter zum Verbandsstage gewählt ist, wurde denselben auch das Mandat zum Kongress übertragen. Die Kollegen verpflichteten sich, pro Mann 20 kr. an den Delegationskosten zu steuern. — Nach der öffentlichen Versammlung fand eine Mitgliederversammlung statt.

Am 2. März fand in Diesenbach im Saale „Zur Harmonie“ eine öffentliche Maurerversammlung statt, in der Kollege Herborn aus Frankfurt a. M. einen längeren Vortrag hielt über das Thema: „Welche Stellung nehmen die Arbeiterorganisationen unter den heutigen Verhältnissen ein, gegenüber dem Kapital?“

Der Vortrag fand bestillige Aufnahme. „Vertriebenes“ wurde beschlossen, sämmtliches Material zu den Streifondssammlungen aus Frankfurt a. M. zu ziehen; die Streifondssammlungen sollen durch in nächster Zeit zu wählende Baufonctionärsäume betrieben werden. Nachdem Kollege Herborn dann noch einige Ausklärung über die Beschäftigung der Kreisfestsitzung in Offenbach gegeben und die Kollegen ermahnt hatte, daß sie sorgten, daß sich alle Maurer dem Verband anschließen, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

In Egeln fand am Sonntag, 5. März, eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt, in welcher Stellung genommen wurde zu dem im vorigen Jahre aufgestellten Zehntarif. Da die Unternehmer es nicht für notwendig hielten, daß zu äußern, so wurde beschlossen, die Zehntariffkommission solle noch einmal verjüngt, auf glücklich zu verhandeln. Ferner wurde die Handlungsfähigkeit einiger Unternehmer, welche der Zehntariffkommission keine Arbeit mehr geben wollen und auch schon einige Verbandsstolzengen gemobbt haben, einer schweren Peitsche unterzogen. Vertrags des Streifonds wurde beschlossen, bis zum Verbandsstage Jahr 10 kr. zu zahlen. Nachdem noch einige Verhandlungen geregelt, wurde die Versammlung geschlossen.

In einer am 27. Februar stattgefundenen öffentlichen, gut besuchten Maurerversammlung in Elberfeld hielten zum ersten Mal die Tagesordnung: „Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Elberfelder Maurer“, Kollege Ernst Muth das Referat übernommen. Derselbe führte zunächst die Zustände in den sechzig Jahren den Kollegen vor. Es wurde damals bei 10½ Stundenarbeitszeit nur ein Lohn von höchstens 2,60 verhängt. Durch die damalige Vereinigung wurde eine 10½ Stundenarbeitszeit errungen, der Lohn fiel auch anfangs der siebziger Jahre, sank aber später wieder bis auf 2,80 zurück. Anfangs der achtziger Jahre sei dann wieder ein Maurergesellenstreik gefriedet worden, der aber wohl nur ein Vergnügungsverein war, dies habe der Streit von 1886 bewiesen, welche hauptsächlich durch die Schule des Führer in Wasser gefallen ist. Als im Jahre 1891 der Gothaer Maurerkongress stattgefunden hatte, wurde von dem damaligen Maurergesellenverein beschlossen, hier eine Zehntarife zu gründen; dieselbe ist aber hauptsächlich an der Laufzeit der hiesigen Kollegen zu Grunde gegangen. Im Jahre 1898, als sich dann der Allgemeine Arbeiterverein aufstellte, habe sich hier wieder eine Zehntarife gegründet, welche kräftig im Aufblühen sei. Daß der Lohn nun in den letzten Jahren wieder gestiegen, sei nur in dem Umstande zu suchen, daß die Baufonctionur hier am Orte eine sehr starke ist. Die Unternehmer sind also gezwungen, um genügend Arbeiter zu erhalten, höhere Löhne zu zahlen. Trotzdem sei die Lebenshaltung der hiesigen Maurer keine höhere als früher, weil die Mieten höher, die Lebensmittel teurer und die Steuern ebenfalls höher geworden sind. Wollten wir nun unsere Lage verbessern, so sei dies nur durch eine starke Organisation möglich, und diese sei für die Maurer der Zentralverband der Maurer Deutschlands. Er forderte die Anwesenden auf, welche noch nicht dem Verband angehören, demselben beizutreten. Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Diskussion gestaltete sich zu einer lebhaften. Ein Redner wies darauf hin, daß wir auch hier von den Mietern, noch etwas auf gütlichem Wege erlangen könnten; wenn wir nur „anständig“ an dieselben herantreten, dann ginge es auch ohne den Verband. Kollege Muth wiederholte nun in treffender Weise die Ausführungen seines Vorgängers, und zeigte an vertriebenen Beispiele, wie es mit der Harmonie zwischen Arbeit und Kapital bestellt ist. Nachdem noch verschiedene Kollegen zum Beitreten in den Verband aufgerufen hatten, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heutige öffentliche Maurerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erkennt an, daß die Elberfelder Maurer nur durch eine starke Organisation eine Besserstellung ihrer Lage erringen können und

### Aus unserer Bewegung.

#### Mediationschluss für Versammlungsberichte und Eingangsrede Montags Abends 8 Uhr.

Eine Konferenz der Maurer des Agitationsbezirks Gröditz fand am 5. März in Görlitz statt, mit der Tagesordnung: „Agitation, Beitragsfrage und Vertriebenes.“ Es handelt sich zunächst darum, daß Verbindungen der im Agitationsbezirk liegenden Städte gewahrt werden, um eine bessere Agitation zu erzielen. Als Delegierte sind erschienen die Kollegen: Stahn-Grünberg, Brön-Liegnitz, Brün-Haynau, Böhmen-Bunsbach, Nimpf-Weißwasser und Schödel-Görlitz.

Zur Beitragsfrage kommt zunächst die Beitragsfrage. Kollege Kupke legt die Wohlwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge vor. Wohlbold-Bunsbach will Namens seiner Zehntarife für eine Beitragserhöhung ein, und zwar nach folgendem Modus:

Im Orten, wo der Lohn bis 18 kr. beträgt 20 & 25 Pf. Wodenbeitrag und bei jedem weiteren 50 & 5 & mehr. Brön-Liegnitz: Die Zehntarife Liegnitz würdet in den jetzigen Zeitraum von 20 & 20 Kr. bis 20 & 25 zum Streifondsbetriebshalten. Stahn-Grünberg: Die Zehntarife Grüneburg erkläre sich gegen eine Beitragserhöhung.

Brün-Haynau meint, daß die kleinen Städte eine Erhöhung der Beiträge nicht ertragen können und wünscht, daß der jetzige Beitragsmodus beibehalten werde. Er glaubt, daß infolge einer Erhöhung des Beitrags die Mitgliederzahl rasch zurückgehen werde. Schödel-Görlitz ist für Erhöhung um das Doppelte, unter Beifall der Sammlungen zum Streifond, in welchem Sinne sich bereits die Zehntarife Görlitz ausgesprochen hat. Nielpach-Weißwasser: Die Zehntarife Weißwasser hat eine Erhöhung des Beitrags um 5 & beschlossen. Kollege Kupke befehlt die Beibehaltung Weißwassers, daß die Zahl der Mitglieder zurückgehen werde und beweist, daß durch Erhöhung der Beiträge die Mitgliederzahl nicht zugewachsen ist.

Der Verbandstag dementsprechend beschließt, daß der Verbandsbeitrag dementsprechend beschlossen wird. Je Kapitalkräftiger eine Organisation ist, desto besser kann sie ihre Interessen wahren. Kollege Kupke besteht darauf, daß die Zahl der Mitglieder bei einer Erhöhung der Beiträge zurückgeht und meint, daß in der Verwaltung noch Taugende erwartet werden können, wenn besser nach dem Streifegesetz versfahren würde. Wohlbold-Bunsbach willt, daß auf dem Verbandsstage bei Belehrung der Beitragsfrage die kleineren Zehntarife berücksichtigt werden.

Bei dem Punkt „Agitation“ berichtet Kollege Kupke, daß bis jetzt eigentliche Arbeit noch nicht geleistet worden ist. Bahnhöfen wurden gesperrt in Spremberg, Weißwasser und Münsdorf, doch ist die letztere wieder eingegangen. Im Januar 1899 befanden sich die Kollegen Kupke und Pohl auf einer Agitationstour, welche sich auf Mittelschlesien bis an die polnische Grenze und Glatz erstreckt. Es steht nach den Schätzungen der beiden Redner in den meisten Orten sehr knapp aus unter den Kollegen. Die Behörden unterdrücken die Meinung in Bezug auf Organisation. Versammlungen sind infolge Polizeiabreibung in vielen Orten nicht möglich. Speziell in Glogau, einer Stadt von 22000 Einwohnern, sieht es viel elender aus als anderswo. Die Flugblätter sind in allen Bahnhöfen gut verbreitet worden. Mitglieder des Verbandes sind in Weißwasser 29, in Bunsbach 181, in Görlitz 197, in Haynau 20, in Grünberg 116, in

verspricht, dem Centralverband der Maurer beizutreten.“ Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Neuwahl von zwei Beisitzern für den Vertreutensmann“, erklärte Muß h vorher den Brod beriefen. Hierauf wurden die Kollegen D u n g und S c h u l z gewählt. Unter „Vertreutendes“ wurden noch die Mitglieder auf den Bauten am bisherigen Orte erwähnt. Nachdem Kollege M uß noch kurz auf das Dresdener Urteil hingewiesen und die Anwesenden erucht hatte, für die Familien der Verurteilten ihr Schrein zu beitreten, erfolgte Schluss der von circa 200 Personen besuchten Versammlung.

In Eppelsheim lagte am 5. März eine gut besuchte öffentliche Maurerversammlung, Kolleg Schürr aus Mainz referierte über: „Die Lage der ausgesetzten Kollegen in Alsen, und zwei uns Nungen des Verbandes“. Die Ausführungen wurden befällig aufgenommen. Die Wirkung des Vortrages passte dadurch hinzu, daß elf Kollegen ihren Besitz zum Verband erklärten. Zum Schlus forderte Kollege Schürr zur thätzligen Agitation für den Verband auf. Die nächste Versammlung findet am 19. März statt.

In Erlangen stand am 5. März eine öffentliche Bauhandwerkerversammlung statt, zu der sich auch ganz viele Maurer eingefunden hatten, obgleich sie in geringerer Weise auf die Wichtigkeit dieser Versammlung hingewiesen worden waren. Zur Beratung stand: „Der Arbeiterschutz im Baugewerbe“. Kollege M e r k e l aus Nürnberg hatte das Referat hierzu übernommen, und er entledigte sich seiner Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit der Versammlung. Als Delegierter zu dem in Berlin stattfindenden Bauarbeiterkongress wurde Kollege M e r k e l gewählt.

Am 2. März tagte in Flensburg die monatliche Mitgliederversammlung. Beschllossen wurde, das „Quartal“ wie üblich zu feiern. Wer an dem betreffenden Tage arbeitet, bezahlt einen Tagelohn als Strafe. Die Lehrlinge, welche zu Dienstleistungen werden, müssen eine Belehrung vorgelegen, daß sie Osterm ihrer Lehrzeit genugt haben. Sodann wurde bekannt gemacht, daß der Maurer H e f f e l e r, welcher, wie schon früher berichtet, 46 66 zum hiesigen Strell gezahlt haben wollte, jetzt aus seinem bisher innegehabten Logis verschwunden ist, und zwar unter Minnahme verschiedenster Handwerkszeuges und ohne Logitzahl zu bezahlen. Die Erklarung, welche der Vorsteher über die betreffende Person eingeholt hat, sind sehr schlecht ausgeschlossen. Aus verschiedenen Städten wurde mitgetheilt, daß H e f f e l e r ein großer Lügner und gemeiner Lump sei. Beschllossen wurde, eine Warnung im „Grundstein“ zu erlassen. Betriebs der Unterföhrungsstätte wurde beschlossen, vom 1. April an 20 % monatlichen Beitrag zu erheben. Zum Streitfonds sollen vom 1. April ab wöchentlich 20 % Beitrag gezahlt und durch hierzu gewählte Distriktsleute eingeholt werden. Ein Antrag für die allen, arbeitsunfähigen Kollegen an Quarantäne, tag eine Teilerksammlung zu veranstalten, wurde angenommen. Da weiter nichts vorlag, erfolgte um 11 Uhr Schlus der Versammlung.

Am Sonntag, den 5. d. M., fand in Gräfenc eine öffentliche Versammlung der Maurer statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Brot und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation“ war als Referent Kollege W. S c h u l z . Berlin erschien. Neben legte in seinem Vortrage den Perfumellen klar, warum sich die Arbeiter organisieren müssten und wies nach, wie die Arbeitgeber es in den letzten Jahren verstanden haben, sich ebenfalls zu organisieren. Diese Organisation habe aber nicht den Zweck, einfache Preise, einen gewissen Tarif herzustellen für die Arbeiter, die sie aufzufordern, von den Bauherren zu erzählen, sondern diene vielmehr dazu, die Arbeiter zu unterdrücken und ihre Organisation zu zerstören. Diese Bedeutungen der Unternehmer könnten nicht anders, als durch eine Organisation, welche alle Kollegen in sich zusammenführen, verhindert werden. Bemerkte wies dann noch daran hin, daß die Kollegen sich allmälig den Wert der Organisation erkannt hätten. Im Jahre 1894 waren es nur 12000 Kollegen, die dem Verband angehörten, während die Zahl der Verbandsmitglieder im Jahre 1898 auf circa 70000 stieg. Weiter wirtschaftete der Verband darauf hin, seine Mitglieder zu bitten, und dazu trage der „Grundstein“ sein gutes Theil bei. Mit der Aufforderung an die Versammelten, sich dem Verband anzuschließen, schloß Redner seine Ausführungen. Zur der Diskussion wies Kollege M i t t a g aus Scheidefeld darauf hin, daß bei Gründung der Zabstelle Scheidefeld sich nur wenige Kollegen dem Verband anschlossen, dagegen gebe es heute dort keinen Maurer mehr, der nicht Mitglied sei. Hierauf ließen sich 20 Kollegen aufnehmen; 10 Kollegen aus den umliegenden Dörfern hatten vorher schon ihre Zustimmung gegeben, circa 15 Kollegen sind schon Mitglieder und treten der neuen Zabstelle bei. Somit ist wieder in der Mark eine Zabstelle erstanden, welche 50 Mitglieder in sich vereint und, wie die Kollegen meinten, in ein paar Wochen um die doppelte Zahl gestiegen sein wird. Darauf richtete Kollege S c h u l z noch eine kräftige Ansprache an die Versammlung und dann wurde dieselbe mit einem Hoch auf das Gedächtnis des Verbandes geschlossen.

Sonntag, den 5. März, hielt die Zabstelle H a m b u r g - S c h l e s s e b e n ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Kollege H. Walther aus Barby hielt einen zweistündigen Vortrag über: „Der Kampf um's Dasein“. Der Vortrag trug recht zur Erinnerung der Kollegen bei, und durch wie wohl hoffen, daß unsere Zabstelle gut gediebt.

Eine öffentliche Maurerversammlung für Hainhause und Umgegend tagte am 28. Februar im Hotel zum „Deutschen Kaiser“ in Hainhause mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage der Maurer und wie ist dieselbe zu verbessern?“ Kollege Herborn fasste in vortheilsicher Weise die Lage der Maurer und stellte-bietete gegenüber die Lage des Unternehmers. Dann schloss Redner die Organisation der Maurer Deutschlands und das große Nachschub beriefen, und forderte die Klinnenburg auf, die noch fern stehenden Kollegen heranzuziehen. Weiter führte Redner der Versammlung den lehrreichen Maurerstreit in Frankfurt vor Augen und den hierbei zu Tage getretenen Terrorismus der Unternehmer. Wir haben alle die Furcht unterse Lage zu verbessern und uns einen Mindestlohn und eine Minimalearbeitszeit zu verschaffen. Lieber 4-5 Wochen im Streifzug und hingerufen, als 10-15 Jahre dem langsamem Hungertode preisgegeben zu sein. Unsere Parole muß sein: Einer für Alle und Alle für Einen. Sodann beprah Redner die Baugärtner und Bauhütten, die in Ostbad a. M. noch so viel zu wünschen übrig ließen. An der Diskussion beteiligten sich verschiedene Kollegen, die sich alle im Sinne des Referenten ausdrückten. Dieser forderte sodann die Kollegen nochmals auf, für ihre Organisation zu streiten, um bereinst ein menschenwürdiges Dasein fristen zu können, und schloß mit den Worten: „Wir

wollen nicht, daß unsere Brüder — In Not und Elend unterstehen — Daß sie, wenn stark und schwach die Glieder, — Von jedem Freunde verlassen seien! — Die Mannespflicht, die Brudertreue — Sättigt uns mit festem Fleisch amputiert; — Wir wollen, daß sie frei gebellt, — Und deshalb sind wir in Verbund.“ Sodann schloß der Vorsteher mit einem Hoch auf die Arbeitersbewegung die gut besuchte Versammlung.

Eine Mitgliederversammlung sollte am 5. März in der Zabstelle H e l d e n b e r g e n stattfinden, sie mußte aber ausgelegt werden, weil von 70 Mitgliedern nur 18 erschienen waren. Wenn die Kollegen kein größeres Interesse an dem Verband haben, dann wird es sich bald zeigen, daß der Kampf, den sie im vorigen Jahre in Frankfurt a. M. mit durchgekämpft haben, unkonnt gewesen ist. Die Unternehmer werden gleich bei der Hand sein und den Lohn wieder herabdrücken, wenn sie sich nur erst von der Laune der Kollegen überzeugt haben. Offiziell genügt diese Hinweise, um die Kollegen zur Erkenntnis zu bringen, wie gefährlich ihre Geschäftigkeit für sie selbst und den Verband werden kann.

Die Zabstelle H a t t e n b a c h hielt am 5. März eine stark besuchte Mitgliederversammlung ab, in der beschlossen wurde, die Streitfondsschreite in der bisherigen Höhe zu zahlen. Dann wurde eine kleine Abrechnung mit drei ehemaligen Kollegen (Münchner ist sogar Gründer der Zabstelle) gehalten, die sich zu „Meistern“ emporgeschwungen haben und den Maurern 44 45 Stundenlohn bieten. Die von diesen Angeboten betroffenen Kollegen dankten jedoch für die Arbeit, sie reichten ab. Von Bau des Restaurants „Zur Poppelnbörde Höhe“ ist der Zugang

Die neu gegründete Zabstelle Königslutter hielt am 5. d. M. im „Postgärt“ eine Versammlung ab. Den Posten eines „Grundstein“vertreters übernahm Kollege B e r e f f ; als Ehrenabgabung erhalten er pro Exemplar 1 g pro Jahr. In die Kommission wurden gewählt die Kollegen: Dr. F r a u g e r , Herrn B e r e f f , B. W e s s e . Unter „Vertreutendes“ wurde dem Vorsteher in geringerer Weise gestatt, daß viele Kollegen ihre Bücher nicht holen und viele ihr Eintrittsgeld nicht entrichten. Es wurde noch beschlossen, zum 16. April eine allgemeine Bauhandwerkerversammlung einzurufen und zu dieser den Referenten Paul aus Hannover kommen zu lassen. Die nächste Versammlung Paul ist 26. März statt, wozu das Comité zwischen aller Kollegen gewünscht wird. Erster Vorsitzender ist Kollege S. B e r e n s z u j. und erster Kassier Kollege F. K ö n i g . Schlus der Versammlung 7 Uhr Abends.

In Lübeck tagte am 28. Februar eine Bauhandwerkerversammlung, in der Kollege B o r e n z - S a n d b u r g unter allgemeinem Beifall über die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bauhandwerker und die Verbesserung ihrer Lage referierte. Nach einer orientierenden allgemeinen Übersicht über die Entwicklung der Arbeitersbewegung in den letzten Zeiten, plaidirt Redner für massenhafte Anschluß an die Arbeiterorganisationen, sowie für Unterstützung der Arbeiterspreche; dies ist Pflicht eines jeden Arbeiters. Das Ausbreite, es koste zuviel, dürfe man nicht gelassen; das Wenige, was es koste, werde, wenn die Arbeiter einsieien, hinderlos aufgewogen. In Hamburg a. B. erhielten die Bauhandwerker in den Jahren 1878 bis 1888 pro Stunde 50 g. Durch Verkürzung der Organisation war es möglich, vom Jahre 1888 an pro Stunde 60 g. zu erzielen. Rechnet man nun an, daß jeder im Durchschnitt pro Jahr 10 bis 15 geowert, so ist der einen täglichen Mehrbetrieb von 4-5 und einer täglichen Arbeitsdauer von nur 220 Tagen schon gegen früher eine Mehrerzielung von über 200 pro Jahr erzielt worden. Deshalb sieht Redner die Organisation angedacht. Nach Erledigung einiger minder wichtigen Angelegenheiten folgte Schlus der Versammlung.

Die Zabstelle Langewiesen-Gehren hielt am 5. März eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, um über die Lohnverhältnisse zu diskutieren. Es machte sich überzeugt, eine Aussprache über die Kollegen in Braunschweig und Hannover, da diese Forderungen gestellt haben, ohne die Kollegen der Umgang kenntlich davon zu geben. Um die Lohnfrage gründlich zu verhandeln, soll am 19. März eine weitere Versammlung stattfinden. Die Kollegen werden an dieser Stelle nochmals erachtet, recht zahlreich zu erscheinen, und auch sonst ihre Pflicht und Schuldfreiheit zu ihnen.

Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Maurer tagte am Sonntag, 5. März, in Leisnig. Kollege W. S c h u l z - C h a r l o t t e n b u r g war als Referent erschienen und sprach über: „Minimalkom und Minimalearbeitszeit“. Einige Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Demnächst beabsichtigen die Kollegen, in die Lohnverbesserung einzutreten.

Die Zabstelle Leuenhövd, bei Trebbin hielt am 5. März ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche ausnahmsweise gut besucht war. Die vom Käffner verlesene Abrechnung pro 1898 wurde als richtig anerkannt. Sodann erläuterte Kollege Wellerius Bericht über die Provinzialkonferenz in Berlin. Die Kollegen ließen sich als Mitglieder aufnehmen. In „Vertreutendes“ wird Kollege Mittus auf den Dresdener Schnorrersprecher hin. Für die Frauen und Kinder, welche doch zu jungen Witwen und Witeten geworden, wurde eine Unterstützung von 4,80 durch freiwillige Gaben, der Mitglieder aufgebracht. Kollege Wölfe forderte die Mitglieder auf, seit und treten an der Organisation zu halten, die Versammlungen werden, um zu helfen. Mit einem Hoch auf den Centralverband wurde die Versammlung geschlossen.

Aus Mainz wird uns geschrieben: Eigentümliche Geschäftspraktiken belästigt die Baumeisterfirma B. H. J o h n s m a n n - Frankfort, welcher der Bau des städtischen Elektrizitätswerkes übertragen ist. Diese Firma beschäftigt unter ihren Arbeitern einen großen Prozentsatz Afrikaner, was sehr an und für sich auffallen, ein miß für Dienstjenigen, der weiß, daß der Stadtbau leidet bei Vergabeung der Arbeit den bringenden Befund aufgesprochen hat, es möchten bei der Einstellung von Arbeitern nach Möglichkeit einheimische, hier anwesige Arbeiter berücksichtigt werden. Die Firma hat sich gleichwohl eine beträchtliche Anzahl Afrikaner, meist Erdarbeiter, beschrieben und diese jedenfalls durch das Versprechen dauernden Verdienstes gewonnen. Daburz erwächst nun für die einheimische Arbeiter der Nachteil, daß sie bei Eintritt von Käffte oder bei sonstigen Störungen des Betriebes zuerst ausser Arbeit gestellt werden, während die afrikanischen Arbeiter ruhig weiter beschäftigt werden. Es tritt so die vermeindliche Thatsache auf, daß es in Mainz beim Bsp. einer städtischen Anlage für einen Arbeiter geradezu ein privilegium odiosum (anstoßiges Vorrecht) ist, Mainzheimer Arbeiter zu sein. Und als weitere merkwürdige Erstcheinung tritt der Umstand auf, daß eine Firma ihren ausländischen Arbeitern gegenüber ihr Versprechen loyal

gehalten, welche den Bau vergeben hat. Für die Firma gehen also die italienischen Arbeiter nicht nur ihren deutschen Kollegen vor, sie haben sogar mehr zu bedeuten als der ganze Mainzheimer Stadtrath. Der Arbeiterschutz ist kaum man wohl nicht verlangen. Wie aber die italienischen Arbeiter sonst im Allgemeinen behandelt und beobachtet werden, mag folgender Fall zeigen, der uns aus N e d e r l a n d e r bei Mainzheim berichtet wird: Der Sellewaren-Händler Wolff ließ sich zwecks Ausführung von Bauarbeiten ungefähr 50 italienische Maurer und Bauarbeiter kommen. Als Gegenleistung für die Arbeit wurde den Italienern ein städtischer Lohn von M. 2,50, freie Wohnung, Holz, Kohle und Petroleum versprochen und, falls Jenisch das Klima nicht ertragen könnte oder im Falle einer sechzehnmonatigen Rückkehr, würde er auf Kosten Wolffs nach der Heimat zurückkehren. Kaum waren die Italiener in Nederland angekommen, wußten sie auch, daß Opfer einer Täuschung geworden waren. Nicht ein Haus wartete ihrer, sondern eine alte Baracke, ein wahrer Schweinehund. Männer, Frauen und Kinder mussten nebeneinander nachigen wie das sieh lieb in einem Raum, denn Platz und Luft fehlten. Man kann sich vorstellen, daß Moral und Gesundheit dieser Leute schwer dorunter litten. Später wurden sie in einem noch nicht fertigen Neubau untergebracht, wo die Feuchtigkeit, hergerufen durch die Heizung, welche die Männer schneller trocken machen sollte, die Gesundheit der armen italienischen Arbeiter gründlich zerstörte. Zuletzt wurde ein junger Mann mit Namen Consolato Dreisteit und beschäftigt hierauf keine Frau hatte auch noch zwei frische Kinder bei sich. Das arme Weib, deren Mann noch in Italien war, hat sich vergeblich an Wolff gewandt; sie nach Hause zu schicken. Der Konkubin Wolff, ein Sohn des Händlers, gab vor, nichts ihm zu können, da ihm das Hiersein der italienischen Arbeiter, von den Behörden nicht angezeigt worden sei. Die arme Christo wurde nunmehr in's Comptoir des Wolff gerufen und ihr dort mitgeteilt, daß ihr Ehemann nunmehr herrenlos sei. Die arme Frau aber bat schlichend: „Sag mich nicht in, wo ihr mich herausgeküsst habt; meine Gesundheit ist ruiniert, meine Kinder sind krank. Zwei andere Frauen wurden entlassen, aber Reise- und Fahrgeld wurde ihnen bezahlt. Die Güte des Konkubin Wolff wurde wiederhergestellt, um den armen Frauen zu ihrem Recht der Staatsunterstützung für 18 Wochen zu verhelfen. Der Konkubin sagte lächelnd, daß sie, wenn sie gesund seien, auf Kosten der Kommune Mannheim nach Hause geschickt würden. Händler Wolff drohte einem Italiener mit Entlassung, wenn seine Frau, welche im Krankenhaus lag, nicht sofort zur Arbeit käme.“

Am 5. März tagte in Marienwalde die regelmäßige Mitgliederversammlung. Im ersten Punkt der Tagesordnung erstaute der Kollege Stark Bericht von der Provinzialkonferenz, und weiter wurde, da der Schriftführer verfehlt, Kollege Max Brochow zu diesem Posten gewählt. Auf Antrag des Kollegen Beyer wurde beschlossen, von der Rosalkasse ein Protokollblatt anzufordern. Von dem Kollegen Stark wurde der Bericht bekannt gegeben, daß ihm von den Unternehmern noch kein Beifall zugesagt sei. Es wurde beschlossen, am 9. April eine öffentliche Versammlung abzuhalten, um bezüglich der Lohnfrage Beschlüsse zu fassen. Weiter wurde beschlossen, vom 1. März ab 10 g. zum Streitfonds zu zahlen. Am zweiten Osterfeiertag soll ein Vergnügen abgehalten werden. Dann wurde den Kollegen bekannt gegeben, daß, wenn der Kaiser nicht zu Hause angetroffen wird, sie bei dem Kollegen Stark Beirat entrichten können.

Die Zabstelle Neustadt i. S. hielt am 8. März ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde der Streitfonds besprochen und wurde dann beschlossen, denselben so wie bisher weiter zu führen. Die Kollegen werden erachtet, so wie bisher weiter zu führen. Die Kollegen werden erachtet, die Graftmärkte energischer zu verbreiten als bisher. In „Vertreutendes“ wurde beschlossen, die regelmäßigen, sowie die Extraerstattungen im „Grundstein“ bekannt zu machen. Petrisch die Abänderung wurde von Kollegen gewünscht, daß über diese Angelegenheit bei dem Hauptvorstande entschieden werde. Ferner wurde beantragt, die Unternehmer zu der Extraerstattung nochmals einzutreten oder sonst ihnen bis zur angegebenen Zeit Nachdruck zu verleihen. Zur Agitationen soll nach Obernkirchen und Heiligenhafen werden, um Kollegen gewährt, die sich mit den dortigen Kollegen in Verbindung setzen sollen, zwecks Errichtung einer Zabstelle. Ferner soll am 19. März in Leisnig eine Mitgliederversammlung abgehalten werden, wozu die dortigen Kollegen eingeladen.

In einer öffentlichen Versammlung der Maurer, die am 5. März in Niederwerder stattfand, legte Kollege B i m m e r - M a i n z den Eröffnungsreden in Mainz vor. Die Kollegen nahmen das Referat bestens auf und davon ließen sich in dem Verband aufnehmen. Für die Zabstelle Worms würde es von großem Nutzen sein, wenn sie die hiesigen Kollegen dem Verband anschließen würden, denn dieselben arbeiten alle in Worms, und thäusliche sogar in Afford.

Die Zabstelle Nassenow hielt am 5. März ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde der Kassenbericht verlesen, und da niemand dagegen etwas einzubringen hatte, wurde dem Käffner die Charge erteilt. Alsdann brachte der Berichterstatter den Bericht über den Streitfonds vom vorigen Jahre zur Verleihung. Die Einnahme betrug M. 275,75. Bei dieser Gelegenheit konstatierte der Käffner, daß diese Kollegen ihre Feste noch nicht haben abnehmen lassen. Es wurde hierüber der Beschluss gefasst, die saumjähigen Kollegen „Grafschaften“ aufzufordern, ihren Pflichten, innerhalb vier Wochen nachzukommen. Ferner wurde beschlossen, den Beitrag zum Streitfonds aus Weitere bezahlfreie zu befreien. Zum Schlusse gab der Vorsteher bekannt, daß unsere Bibliothek jetzt beim Kollegen Fritz Nefeld, Jägerstraße, für Federmann ausliegt; jeder Kollege möge diese recht oft benutzen.

Die Zabstelle Radeburg beschäftigte sich in ihrer letzten Mitgliederversammlung mit dem Bericht der Zabstelle B e l n i g . Es wurde konstatiert, daß die Behauptung, wonach Radeburger Mitglieder die örtlichen Verwaltung, trotz erfolgter Warnung vor Zugang, in Hirschburg Arbeit genommen hätten, in allen Punkten ungünstig sei. Wenn nur aber auch wirklich drei oder vier verbleibende Kollegen dort die Arbeit aufgenommen haben, so ist dies im Rahmen der Radeburger Kollegen, wenn sie überwacht, doch nicht aus reinem Übermut nach Hirschburg gereist seien, sondern dann habe sie die letzte Not zu



**Zentral-Verband**  
der Maurer und verw. Berufsgenossen Deutschlands.  
Sitz Hamburg.

**Bekanntmachung.**

**Ausgeschlossen**

wurden auf Grund § 15a resp. b des Statuts von der Zahlstelle Rendsburg: L. Sjögren (Buch-Nr. 04246); Fr. Dieleman (Buch-Nr. 065527); von der Zahlstelle Gr. Karben: Philipp Reuter (Buch-Nr. 055603); von der Zahlstelle Genthin: Wilhelm Weber (Buch-Nr. 37768); von der Zahlstelle Gotha: Reinhold Wolf (Buch-Nr. 2); von der Zahlstelle Bargteheide: F. Gaad (Buch-Nr. 4265); H. Tiedemann (Buch-Nr. 14259); von der Zahlstelle Erkheim: Heinrich Heinz (Buch-Nr. 99248); von der Zahlstelle Nürnberg: Alois Willauer (Buch-Nr. 29608); von der Zahlstelle Langenselbold: Carl Wagner (Buch-Nr. 068580); von der Zahlstelle Ziehau: Johannes Steffens (Buch-Nr. 6309); Hermann Nicolaus (Buch-Nr. 61681); von der Zahlstelle Sprendlingen: Daniel Kunt (Buch-Nr. 011616); Philipp Lieberbach (Buch-Nr. 011569).

**Als verloren**

gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen: Wilh. Meier (Buch-Nr. 17829); Johann Frost (Buch-Nr. 39850); Friedrich Schneider (Buch-Nr. 67121); Wilhelm Müller (Buch-Nr. 42107); dieselben werden hiermit für ungültig erklärt.

**Der Vorstand.**

J. A.: Ch. Dömelburg, Vorsitzender.

In der Zeit vom 8. bis 14. März sind folgende Verträge bei mir eingegangen:

**Hauptkasse.**

Von der örtlichen Verwaltung in Brandenburg M. 15, Bauten 29,85, Fabrik 28,48; Jena 11,50, Werke 5; Marienwalde 25, Leipzig 400, Arnsdorf 4,73. Summa M. 615,51.

**Streifkonto.**

Pöhl M. 82,20.

Die Zahlstellen-Kässer resp. Einsender von Geldern werden erachtet, auf den Postabzähler genau anzugeben, wofür das eingezahlte Geld bestimmt ist.

Alle Gelber für die Hauptkasse, Verbandsbeiträge sowohl als Streifkonto-Beiträge, sind nur an J. Küster zu adressieren. Wenn dies nicht beachtet wird, kann es vorkommen, dass das Geld wieder zurückgehen muss.

Hamburg, den 14. März 1899.

J. Küster,  
Hamburg-St. Georg, Neue Brünnestra. 16, 1. Et.

**Quittung**

über die im Monat Februar bei der Unterzeichneten eingegangenen Gelber.

**Für Annoncen:**

Ruppertsheim M. 2,05, Erfurt 8,55, Berlin IV — 20, Hamburg (Wlo) 191,35, Nidorf 4,15, Schwabhausen 3,25, Arnsdorf 2,40, Spanien 40, Erbachen 3,25, Steinbach 1,05, Norden 2,95, Nienburg — 20, Gr. Salze — 20, Wornhöved — 20, Schleife 2, Prinzwall — 20.

**Für Abonnement:**

Braunschweig M. 8,75.

Die Expedition des „Grundstein“.

**Zentral-Kräuterkasse**  
der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure  
Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“ e. H. Nr. 7).

In der Woche vom 5. bis 11. März sind folgende Verträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 200, Alt-Glentz 200, Novemar 100, Summa M. 400.

Zulässig erhalten: Leipzig-Reudnitz M. 200, Salle a. d. S. 200, Gebrüder 100, Minteln 100, Görlitz 60, Eichen 80, Brandenburg a. d. H. 50, Mühlberg i. Hamm 50, Elberfeld 50, Hagen i. W. 30. Summa M. 900.

Altona, den 11. März 1899.

Karl Reich, Hauptkassier, Friedrichsbaderstr. 28.

**Anzeigen.**

(Schluss für Annoncen-Ausnahme Dienstags Morgens 8 Uhr.)

**Nachruf.**

Am 24. Februar verlor unser Kollege und Schriftführer

**Johann Gebhard**

durch Kellereinstellung sein Leben. Ein treues Andenken wird ihm bewahren. [M. 8,80]

Die Zahlstelle Oppenheim-Dienheim.

**Nachruf.**

Am 5. März verstarb unser Kollege

**Julius Opelt**

nach kurzen Leiden infolge eines Unfalls. Der Verunglückte erreichte ein Alter von 50 Jahren.

Ehre seinem Andenken! [M. 3,80] Die Zahlstelle Wilhelmshaven.

**Nachruf.**

Am 8. März verstarb unser treuer Verbandskollege

**August Streicher**

im Alter von 89 Jahren. Ehre seinem Andenken! [M. 2,70]

Die Zahlstelle Breslau.

**Nachruf.**

Am 4. März starb unser langjähriges Mitglied

**Joh. Schmidt**

nach kurzem Leiden im blühenden Alter von 31 Jahren.

Ehre seinem Andenken! [M. 3]

Die Zahlstelle Nürnberg.

**Nachruf.**

Am 2. März starb nach langem Leiden unser Verbandskollege

**Jakob Boller**

im Alter von 50 Jahren. Ehre seinem Andenken! [M. 3]

Die Zahlstelle Kostheim.

**Nachruf.**

Am 7. März verstarb nach kurzem Leiden unser Verbandskollege

**Karl Wendt**

im Alter von 84 Jahren. Ehre seinem Andenken! [M. 3]

Die Zahlstelle Stendal.

**Nachruf.**

Am 9. März verstarb infolge eines Unglücksfalles unser Verbandskollege

**Albert Keil**

im Alter von 37 Jahren. Ehre seinem Andenken! [M. 3]

Die Zahlstelle Weissenfels.

**Todes-Anzeige.**

Am 5. März starb nach kurzem Leiden unser Verbandskollege

**Heinrich Hogrefe**

im Alter von 41 Jahren. Ehre seinem Andenken! [M. 3]

Die Zahlstelle Hemelingen.

**Erklärung!**

Ich erkläre hiermit, daß ich den in Versammlungsberichte in Nr. 7 aus Altdorf-Wirk bezeichneten Kollegen, der sich das Schlüsselbein brach, nicht habe beleidigen wollen. Ich wollte in meinen Ausführungen nur zeigen, daß oftmals die Kollegen dem Meister oder Barlier in unangemachter Weise ihre Leistungsfähigkeit beweisen wollen und daß sie selbst die Schuld tragen, wenn sie dabei zu Schaden kommen. Ernst Thüring.

**Weltberühmte**  
**Hamburger Spezialartikel**

für Maurer und Zimmerer.

Beste Arbeitsgeräte. Prime Islander. Preissätze gratis.

Berlino franco gegen Nachnahme.

Louis Mosberg, Bielefeld, Nur 44 Breitestr. 44

(Vapenmarkt-Ecke.)

Gedächtnis-Fabrikat.

**W. Ad. Langer, Leubsdorf i. Sachs.**  
empfiehlt den geehrten Mitgliedern des Maurerverbandes bestens sein bewährtes und anerkanntes Fabrikat so gross und so detail, Musterverprobten, gebraute Werkstattarten und jede Anwendungsschreiberei umsonst und franco, ohne Kaufverpflichtung! Große Leistungsfähigkeit! Von zwei Paar an gewöhn. 2 pfg. Stücko, um die Auftraggeber außer der sofortigen Lieferung noch vom Bestell- und Empfangsort zu entlasten.

Vertreter an allen Plätzen gesucht.

**J. Blume & Co.,**

Hamburg.

EINGETRAGENE

Täglicher Verband

unserer bekannten, echten

englisch - ledernen und

Manchester-

Arbeits-Artikel

und Zolländer Jacken.

Muster

u. Preisfournant gratis.

**J. Blume & Co.,**

Hamburg.

SCHUTZ-MARKE

**Kollegen Deutschlands!** Isländer, prima, 2 Pföffer, 4 Pf.  
Echte Dam. Ledersachen I. A. 50, II. (2 Pf. schwer) A. 4,80, III. A. 2,50 portofrei. Streng reell. Nicht gefallen, nehme retour. Koff. Hohlfeld, Dresden-N., Mittelstr. 4.

**Eigene Fabrikation**

**schwerer**

**Arbeitergarderobe.**

\* \* \*

**Nur erprobte Qualitäten!**

**Berühmt**

durch

**Sitz**

und

**Schnitt.**

**Verwand**

**portofrei**

**nach**

**allen Plätzen.**

**Prompte beste Bedienung.**

**Stets**

**neue Anerkennungen!**

**Ausrüstungen für Maurer!**

**Fachschriften u. Lehrbücher**

für Handwerker u. Gewerbetreibende.

Kataloge gratis u. franco.

JOH. SASSENBACH, Bücher-Versand, BERLIN

**Quittungsmarken und Kautschukstempel**

liefer seit 20 Jahren für tausende

Kassen und Vereine

Jean Holze, Hamburg, Gr. Drehbahn 45

Verlag sozialistischer Bilder.

Illustrirte Preislisten gratis und franco.

Soeben erschien das neue

Faktionsbild der sozialdem. Partei 1898.

**Quittungsmärchen,**

Vorlaßmärchen, Streifkonto-märchen,

Quittungskarten, Kontrollkarten, Sammellisten,

sowie alle Druckarbeiten liefern sauber und preiswert

Conrad Müller,

Schleußig-Leipzig. Schleußig-Leipzig.

Illustrirte Preislisten gratis.

— — — — —

**Arbeitsmarkt**

— — — — —

Auf bauernde Arbeit sucht Zimmerer- u. Maurer- gesellen. B. Bill, Bauunternehmer, Steinfeß.

(Aus: „Der deutsche Arbeitsmarkt“)

200 Maurer und Handlanger nach Oberhausen,

Gelsenkirchen gegen Heinen Sohn auf sofort

gelebt. Meldung: Komptoir Oberhausen (Rheinland), Marktstr. 73. Johann Passmann, Baugeschäft und Dingensiegelei.

Unter dieser Rubrik werden alle Verhandlungen der dem Erziehungstag der jeweiligen Städte folgenden Woche für den Preis von 10 & pro Seite detailliert gemacht. Für jede Verhandlung werden jedoch nur zwei Seiten zur Verfügung gestellt. Die Anzeigen müssen für jede Verhandlung einzeln gezeigt werden.

**Verbandsversammlungen der Maurer.**

Sonntag, 18. März:

Wands 8 Uhr bei M. Mann. Das Treffen sämtlicher

Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Sangerhausen I.W. Wands 8 Uhr beim Wirtsh. Andre. Die Mitglieder werden erneut zahlreich zu erscheinen.

Sonntag, 19. März:

Arnswalde. Schützenhaus. Alle Mitglieder werden gebeten, vorsichtig zu erscheinen.

Montag, 20. März:

Goldberg i. Schl. Wands 8 Uhr im „Neuen Hause“. Mitgliederversammlung.

Wands 8 Uhr beim Wirtsh. Andre.

Dienstag, 21. März:

Barmen. Wands 8 Uhr. Die Mitglieder werden dezent und ordentlich Kleider tragen.

Donnerstag, 23. März:

Nürnberg. Im „Silbernen Löwen“. Steinbüchlerstraße. Mitgliederversammlung.

Nürnberg, Jung. Treffen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Sonntag, 25. März:

Husum. Wands 8 Uhr beim Wirtsh. Silberstraße. Das Treffen aller Kollegen

notwendig.

Sonntag, 26. März:

Hintersee, 10 Uhr im Goldhof. Zum Kessel. L.-O.: Anträge zum

Reichstag, Deputierten, Berichtsredner. Eröffnung Aller notwendig.

Baden, 8 Uhr im Weißen Rohr. Mitgliederversammlung. Tagessitzung wichtig. Blätterliches Treffen dezent notwendig.

Drud: Hamburger Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.